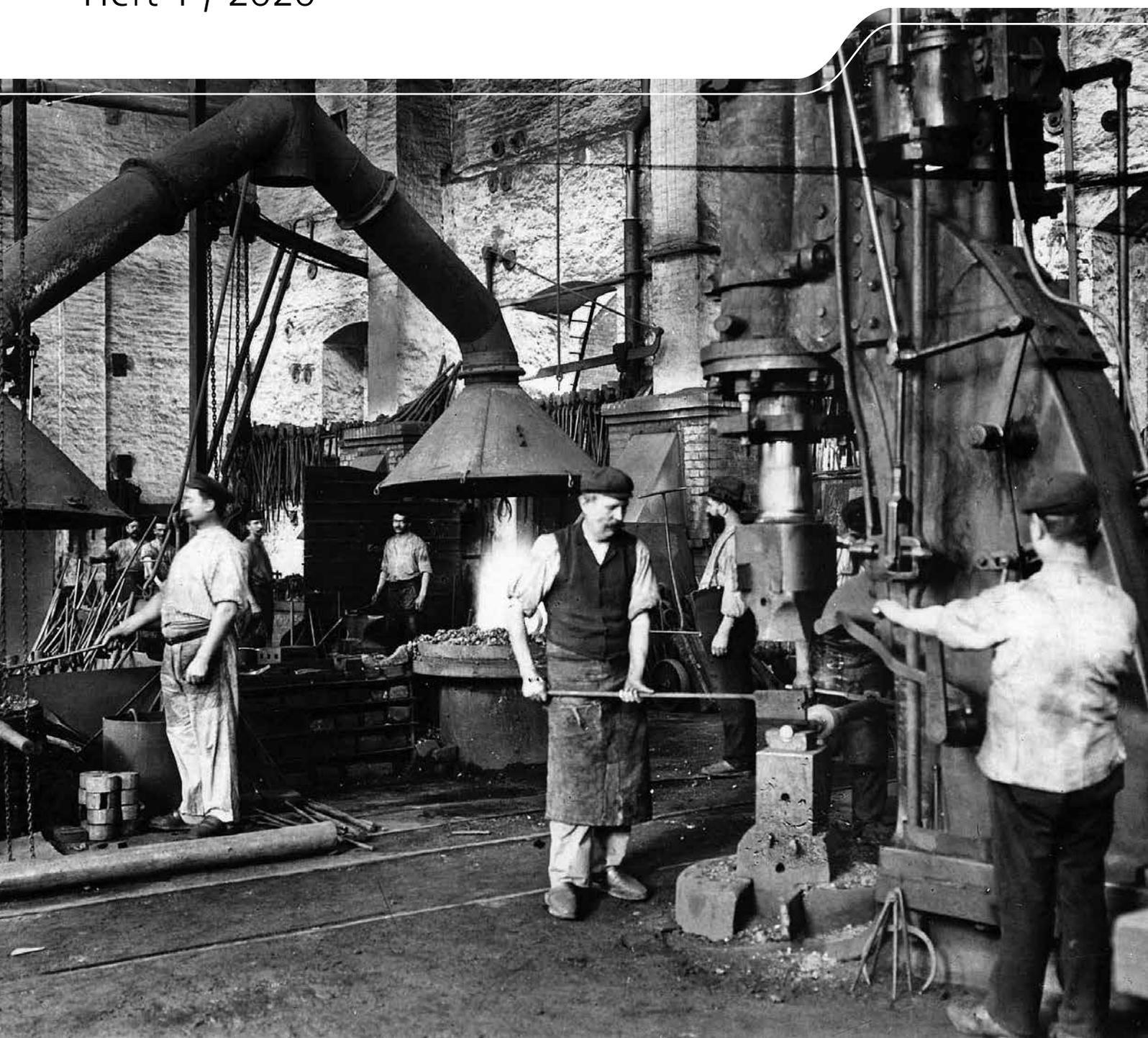


Sächsisches Archivblatt

Heft 1 / 2020



Inhalt

Seite

1	Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2019 Andrea Wettmann
10	Aus den Beständen Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří im Bergarchiv Freiberg Peter Hoheisel
11	Dokumente zu den Anfängen des sächsischen Sparkassenwesens im Staatsarchiv Chemnitz Michael Wetzel
12	Bergbau und Fotografie – Ein fotohistorisches Forschungsprojekt in Freiberg Peter Hauschild
14	Die Dokumentation des Untergangs – Unterlagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Hauptstaatsarchiv Dresden Bernd Scheperski
18	Die Dokumentation des Untergangs – Unterlagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Staatsarchiv Chemnitz Tobias Crabus/Raymond Plache
20	350 Jahre August der Starke – Ein Jubiläum im Schatten der Zeitrechnung Robert Harlaß
22	Technisches Konservatorische Begleitung von Digitalisierungsprojekten – Ein Erfahrungsbericht Barbara Kunze
26	Meldungen/Berichte Witamy w Warszawie! Bericht zum 14. IADA Kongress vom 23.–27. September 2019 Barbara Kunze
27	Neuer Öffentlichkeitsbereich im Staatsarchiv Leipzig Volker Jäger
29	Das Verborgene sichtbar machen – Zum #Clara19-Jahr in Leipzig Thekla Kluttig
30	„Karl-Marx-Stadt 1989 – SED und Stasi unter Druck“. Staatsarchiv Chemnitz und Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz würdigen den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution Annette Zehnter
32	Rezension Christoph Volkmar, Die Reformation der Junker. Landadel und lutherische Konfessionsbildung im Mittelberaum Jens Kunze

Jahresbericht Sächsisches Staatsarchiv 2019



Besuch des Innenministers Prof. Roland Wöllner (2. v. r.) (Foto Sylvia Reinhardt)

Die am Ende des Jahres 2019 in Sachsen gebildete Regierungskoalition aus CDU, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, das Staatsarchiv im kommenden Doppelhaushalt personell zu stärken. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass sich die Rahmenbedingungen, unter denen das Staatsarchiv seine archivgesetzlichen Aufgaben zu erfüllen hat, inzwischen sichtlich verändert haben.

Die „Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung“ des Freistaates hatte in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass der – inzwischen wiedererreichte – Personalbestand von 2016 gerade so ausreicht, um den Betrieb des Staatsarchivs aufrecht zu erhalten. Seither hat jedoch insbesondere die Digitalisierung dazu geführt, dass sich Arbeitsweisen gewandelt und Arbeitsaufwände in einigen Bereichen deutlich erhöht haben. Vor allem die Einführung neuer digitaler Prozesse erzeugt zumindest temporär einen erheblichen Mehrbedarf an qualifiziertem Personal und an verfügbaren Sachmitteln. Erst mittel- und langfristig führen diese Verfahren

zu einer Verringerung des Personalaufwandes. Da das Staatsarchiv in den Sachgebieten Organisation, Personal sowie Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) seit Jahren unterbesetzt ist – die Anzahl der Mitarbeiter im Sachgebiet IuK ist z. B. seit 2005 unverändert geblieben – können die Potentiale der Digitalisierung bei weitem nicht ausgeschöpft werden.

Ein Blick auf die Entwicklung des Personalbestandes macht deutlich, dass sich dieses Problem zukünftig sogar vergrößern wird. Denn bis zum Jahr 2030 werden 36 von 106 Bediensteten, d. h. etwa 34%, aus dem Dienst ausscheiden. Obwohl das Staatsarchiv damit unter dem Durchschnitt der Landesverwaltung liegt, stellt die Nachbesetzung dieser Stellen angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels schon jetzt eine große Herausforderung selbst an den attraktiven Standorten der Behörde dar.

Um auf diese Entwicklung vorbereitet zu sein, bildet das Staatsarchiv seit mehr als zwanzig Jahren archivische Fachkräfte aus. Im Rah-

men der „Ausbildungsoffensive“ des Freistaates war die Anzahl der Ausbildungsstellen im Staatsarchiv im Berichtsjahr erhöht worden, so dass 2019 sechs statt drei Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste im Staatsarchiv Leipzig und am Berufsschulzentrum in Leipzig sowie drei Archivinspektorenanwärter/innen und zwei Archivreferendare die Ausbildungsabschnitte im Hauptstaatsarchiv Dresden und an der Archivschule Marburg durchliefen. Immerhin fünf selbst ausgebildete Fachkräfte konnten 2019 unbefristet übernommen werden.

MACH WAS WICHTIGES
Arbeiten im Öffentlichen Dienst Sachsen

Angesichts der großen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird die Konzentration auf die Ausbildung allein jedoch nicht ausreichen, um künftig frei werdende Stellen nachzubesetzen. Das Staatsarchiv beteiligt sich daher auch an der Kampagne „Mach was Wichtiges“, mit der der Freistaat seit 2019 ressortübergreifend um Nachwuchs- und Fachkräfte wirbt, und hat damit begonnen, eigene Wege zur gezielten Personalgewinnung zu beschreiten. Die „Wertschätzungsinitiative“ des Freistaates verfolgt in diesem Zusammenhang das Ziel, die Zufriedenheit am Arbeitsplatz zu verbessern und damit die Mitarbeiterbindung und die Identifikation der Bediensteten mit ihrer Behörde zu steigern. Das Staatsarchiv wirkt auch hier aktiv mit, setzt aber davon unabhängig seinen bereits 2016 begonnenen Prozess fort, um die gemeinsamen Werte der Zusammenarbeit konstruktiv weiterzuentwickeln und im Alltag aktiv zu leben. Der fachlichen Orientierung und strategischen Ausrichtung dienen weiterhin

Einnahmen und Ausgaben	2017	2018	2019
Isteinnahme (T€) (ohne Fördermittel)			
insgesamt	90,70	91,1	83,80
Istausgabe (T€)			
insgesamt	7.672,10	8.321,10	7.827,70
Personal	6.345,20	6.735,10	6.479,40
Benutzung	538,50	648,10	265,10
Schutz- und Ergänzungsverfilmung	80,70	78,60	91,90
Konservierung und Restaurierung	409,20	451,90	386,80
Archivierung von AV-Medien	20,10	49,60	107,00
Datenverarbeitung	123,50	176,60	354,60
Druck von Publikationen	11,60	16,60	4,50
Sicherungsverfilmung (Bundesmittel)	143,30	164,60	156,40

Personal (in VZÄ)	2006	2016**	2019*
insgesamt	127,88	106,12	106,00
Archiv	70,56	55,44	58,50
Bibliothek	1,50	1,50	1,38
Verwaltung	14,63	15,36	13,63
Magazin	20,44	13,80	13,88
technische Werkstätten	15,75	15,03	13,63
Sonstige (IuK u. AVM)	5,00	5,00	5,00

* Personal-Ist am 31.12.2019 (Stellen im Personalsoll A, ohne Auszubildende, Anwärter und Referendare)

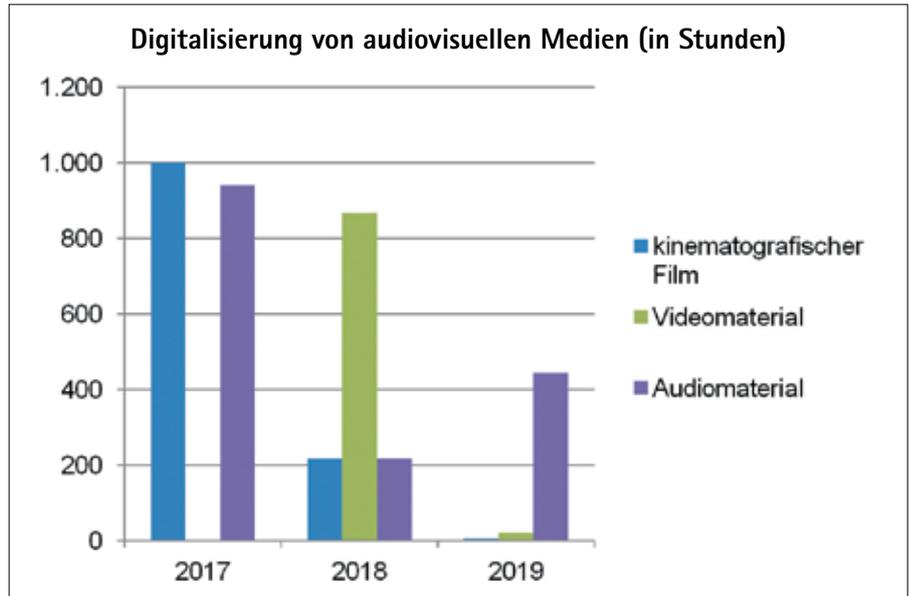
** Personalbedarf laut Personalkommission

die strategischen Ziele, die im Folgenden auf-
gegriffen und mit dem erreichten Sachstand
untersetzt werden.

**Wir erhöhen kontinuierlich die Zahl
der Digitalisate**

Für die Digitalisierung von Archivgut standen dem Staatsarchiv im Doppelhaushalt 2017/18 rund 1,2 Mio. Euro zur Verfügung. In diesen beiden Jahren konnten mithilfe externer Dienstleister mehr als fünf Kilometer Archivgut sowie über 2.000 Stunden Film- und fast 1.200 Stunden Audiomaterial digitalisiert werden. Es zeichnete sich jedoch schon damals ab, dass die Digitalisierungsmaßnahmen mit den vorhandenen Ressourcen künftig nicht in der bisherigen Geschwindigkeit würden fortgesetzt werden können. Nachdem der Schwerpunkt bisher auf der Digitalisierung von Mikrofilmen und Makrofilmen gelegen hatte, sollte 2019 mit der erheblich aufwändigeren Digitalisierung vom Original begonnen werden. Außerdem war abzusehen, dass umfangreiche Nacharbeiten an den Digitalisaten erledigt und der Aufbau einer funktionierenden technischen Infrastruktur vorangetrieben werden müssen, um die Digitalisate performant nutzbar machen zu können.

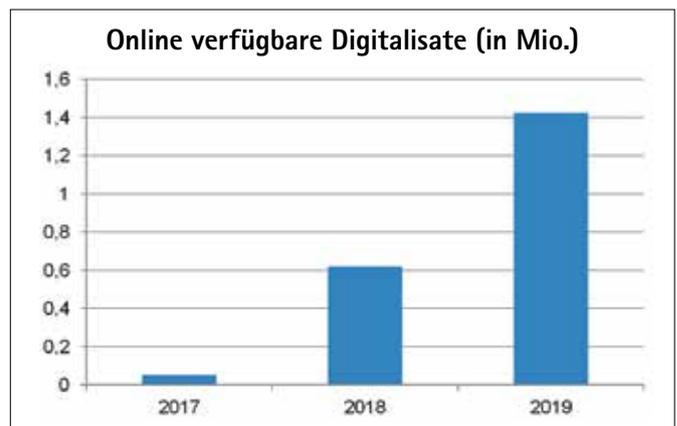
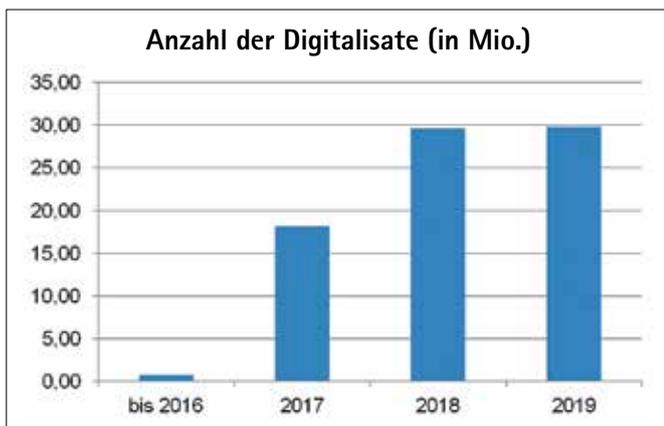
Im Berichtsjahr verringerte sich die Anzahl der neu erzeugten Digitalisate daher deutlich. Externe Dienstleister erstellten 63.346 digitale Kopien von Originalarchivalien des Staatsarchivs sowie von sechs Stunden kinematografischem Film, 20 Stunden Videomaterial und 217 Stunden Audiomaterial. Insgesamt hat das Staatsarchiv hierfür 114.537 Euro Eigenmittel und 69.520 Euro der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) verwendet. Darüber hinaus wurden erhebliche Mittel in den Ausbau eines nachhaltigen, vom Staatsarchiv betriebenen Speichersystems investiert. Da für diese Aufgaben kein zusätzliches Personal zur Verfügung stand, mussten andere Vorhaben erneut zurückgestellt werden.



Gemeinsam mit der Staatskanzlei und dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) sind 2019 die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass Bürgerinnen und Bürger im Internet inzwischen mehr als 1,4 Mio. Digitalisate kostenfrei nutzen können – mehr als doppelt so viele wie noch 2018. Damit leistet das StA einen wichtigen Beitrag zur Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital“, die sich u.a. zum Ziel gesetzt hat, Wissenschaft und Forschung zu fördern, die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger transparenter zu machen und mit den Mitteln der Informationstechnik die Möglichkeiten zur Teilhabe zu verbessern. Die Arbeiten an einem reibungslosen, effizienten Workflow zur langfristigen Sicherung und Verwaltung der großen Datenmengen in der archivinternen Datenbank und zur Online-Stellung der Digitalisate konnten im Berichtsjahr allerdings noch nicht abgeschlossen werden.

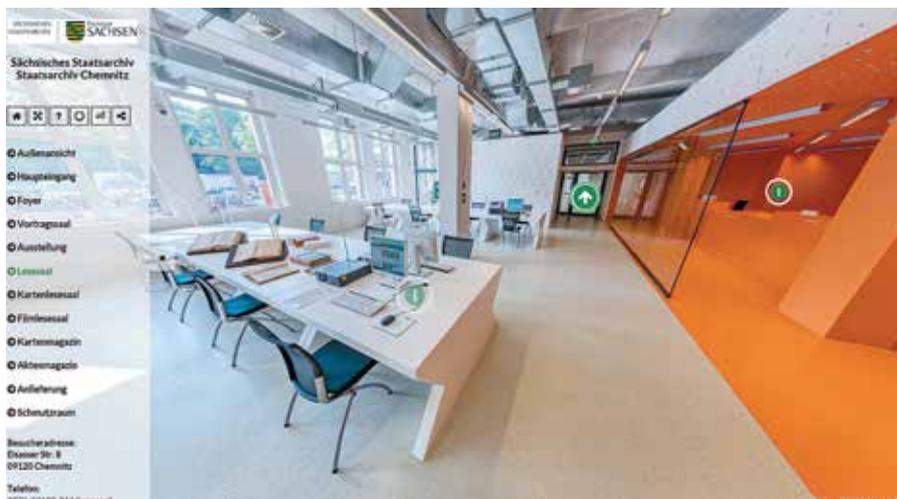
Einem schnelleren Fortschritt bei der Digitalisierung von Archivgut und der Online-Stellung der Digitalisate stehen nicht nur technisch-organisatorische, sondern auch rechtliche Hürden und Kapazitätsprobleme

bei den externen Dienstleistern entgegen. Die Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder (KLA) hat in dem Papier „Die bisherigen Reformen des Urheberrechts und die Onlinestellung digitalisierten oder digitalen Archivguts“, an dem das Staatsarchiv mitgearbeitet hat, auf die engen Schranken hingewiesen, die Archiven insbesondere durch das Urheberrecht gesetzt sind. Demnach kann nur bei Archivgut, das vor 1850 entstanden ist, zweifelsfrei von einer Gemeinfreiheit ausgegangen werden. Dennoch unternehmen alle größeren Archive und Bibliotheken in Deutschland enorme Anstrengungen, um die Digitalisierung ihrer Bestände voranzutreiben. Dieses Auftragsvolumen führt immer wieder dazu, dass Dienstleister entsprechende Aufträge nicht annehmen oder die vereinbarte Leistung im Rahmen von Vergabeverfahren nicht termingerecht bzw. nicht in der geforderten Qualität erbringen können. Im Staatsarchiv hatte dies 2019 zur Folge, dass Haushaltsmittel nicht vollumfänglich abfließen konnten und nicht nur die Vergabestelle, sondern auch die zuständigen Fachreferate zusätzlich belastet wurden.



Bei der Bereitstellung des Archivgutes setzen wir verstärkt auf moderne Technologien

Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 alle wesentlichen Verwaltungsleistungen über geeignete Portale auch digital anzubieten. Dieses Ziel vor Augen, hat sich das Staatsarchiv auch im Berichtsjahr darauf konzentriert, seine Online-Angebote möglichst einfach benutzbar zu machen, barrierefrei zu gestalten und für mobile Endgeräte weiter zu entwickeln. Im Mittelpunkt stand dabei die Website „archiv.sachsen.de“, die Bürgerinnen und Bürgern über die Anwendung SAX.Archiv den schnellsten Zugang zu den online verfügbaren Erschließungsinformationen und zu den Digitalisaten des Staatsarchivs eröffnet. Sie wurde 2019 auf den neuen Styleguide, also auf die einheitliche Gestaltungsrichtlinie für Internetangebote des Freistaates Sachsen, umgestellt und damit auch an die gesetzlichen Regelungen zur Barrierefreiheit angepasst. Die dort neu bereitgestellte Panoramatour durch das Staatsarchiv Chemnitz steht sinnbildlich für den Anspruch, archivische Dienstleistungen an allen fünf Standorten modern und benutzerfreundlich zu präsentieren. Regelmäßig aktualisiert werden außerdem die Informationen zu Angeboten des Staatsarchivs

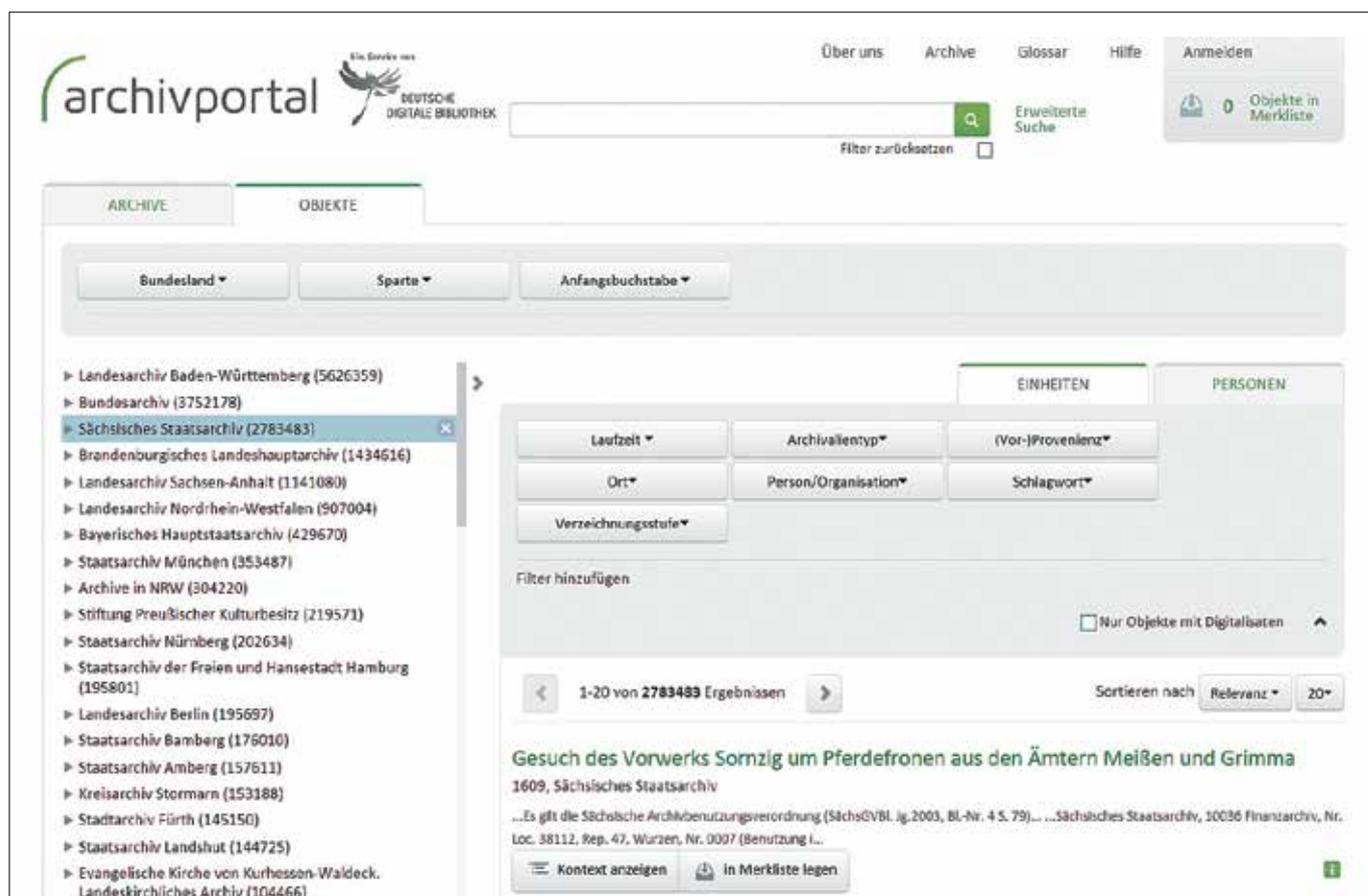


Panoramatour Staatsarchiv Chemnitz, Screenshot (Produzent 360Grad-Team)

im „Amt24“, dem zentralen Serviceportal des Freistaates Sachsen, das z. B. auch Hinweise zur „Lebenslage Familienforschung“ enthält.

Nachdem die Betreiber des Archivportal-D die seit 2014 bestehenden Probleme bei der Datenübernahme überwunden haben, stehen Benutzerinnen und Benutzern die Erschließungsinformationen des Staatsarchivs auch in diesem Unterportal der Deutschen Digitalen Bibliothek zur Verfügung. Es bietet seinen Usern eine bundesweite archivübergreifende Recherche in den Findmitteln von derzeit über 190 Archiven an.

Aus dem Staatsarchiv sind dort rund 2,8 Millionen Objekte verzeichnet, die damit auch im Archivportal Europa gefunden werden können. Das Angebot wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert und erweitert. Mit großem Interesse verfolgt das Staatsarchiv auch das Projekt „Time Machine“, dem es als assoziierter institutioneller Partner beigetreten ist. Dieses von der Europäischen Union geförderte digitale Wissenssystem für Kulturgut will mithilfe moderner Simulations- und Big Data-Technologien einen völlig neuen Zugang zu historischen Dokumenten und Objekten schaffen.



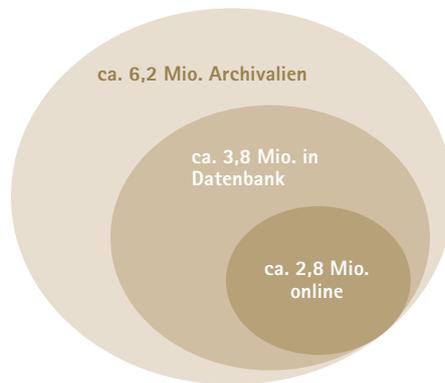
Archivportal-D, Screenshot

Die Digitalisierung hat zur Folge, dass das Archivgut intensiver genutzt wird, die Vor-Ort-Benutzung in den Lesesälen der Archive aber schrittweise abnimmt. Dieser bundesweite Trend scheint sich im Staatsarchiv auch für das Jahr 2019 zu bestätigen. Die Zahl der Benutzertage, also die Zahl der Tage, an denen Benutzerinnen und Benutzer das Archiv persönlich aufgesucht haben, hat sich von 10.517 auf 9.842 ebenso verringert wie die Menge des für die Benutzung in den Lesesälen bereit gestellten Archiv- und Bibliotheksguts, die von 93.527 auf 87.371 Einheiten gesunken ist. Die Zahl der Reproduktionen von Archivgut liegt zwar auf hohem Niveau, hat sich im Berichtsjahr aber ebenfalls von 302.544 auf 272.984 Stück reduziert. Fast 85% dieser Reproduktionen wurden von Benutzerinnen und Benutzern an Selbstbedienungsgeräten erstellt. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Gebühreneinnahmen, die sich 2019 um etwa 8% verringert haben.

Moderne Technologien werden jedoch nicht nur zur Präsentation des Archivgutes, sondern auch zur Verbesserung der internen Abläufe und zum Betrieb des Staatsarchivs eingesetzt. Nachdem bereits im Mai 2018 an allen fünf Standorten des Staatsarchivs die elektronische Akte eingeführt worden war, hatte sich schon nach wenigen Monaten der Eindruck eingestellt, dass die damit einhergehende elektronische Vorgangsbearbeitung die standortübergreifende Zusammenarbeit im Staatsarchiv verbessert und die Transparenz der internen Abläufe und Entscheidungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spürbar erhöht hat. Die Evaluation des Einführungsprozesses im August 2019, an der sich 35 Bedienstete beteiligten, bestätigte diese Wahrnehmung. Mehr als 65% der Teilnehmenden waren der Auffassung, dass sich durch den Umstieg von der papierbasierten auf die elektronische Vorgangsbearbeitung ihre tägliche Arbeit insgesamt erleichtert hat. Mehr als 50% der Teilnehmenden schätzten aber auch ein, dass sie nun mehr als 75% ihrer Arbeitszeit am Computer verbringen. Das Staatsarchiv trägt dieser Entwicklung durch geeignete Maßnahmen beim Arbeitsschutz und in der Gesundheitsfürsorge Rechnung, soweit hierfür geeignetes Personal und Sachmittel in erforderlicher Höhe zur Verfügung stehen.

Alle Findmittel werden elektronisch erfasst

Das vorrangige Ziel der Archivierung ist es, die von Behörden und Gerichten übernommenen Unterlagen für Benutzerinnen und Benutzer zugänglich zu machen. Im Rahmen der Erschließung wird das behördliche Schriftgut,



das bei seiner Entstehung der Steuerung und Dokumentation von Verwaltungsprozessen diente, so geordnet und beschrieben, dass es mittels elektronischer Findmittel für die unterschiedlichsten Fragestellungen heutiger Leser benutzbar wird. Das Staatsarchiv hat diesbezüglich inzwischen einen guten Sachstand erreicht. Fast 98% des Archivguts sind recherchierbar, d.h. es liegt ein Findmittel vor, und auf das Archivgut kann zugegriffen werden. Etwa 61% des Archivgutes sind inzwischen in der zentralen Archiv-Datenbank erfasst, und fast 45% der Archivalien sind online recherchierbar. Könnte auch das personenbezogene Archivgut, das den archivgesetzlichen Schutzfristen unterliegt, datenschutzkonform in einem „virtuellen Lesesaal“ bereitgestellt werden, wäre dieser Anteil noch wesentlich höher. Bisher fehlen den Archiven in Deutschland hierfür jedoch die technischen und organisatorischen Voraussetzungen. Der Bestand der mehr als 225.000 Medieneinheiten umfassenden Bibliothek ist ebenfalls zu über 90% katalogisiert und über den Südwestdeutschen Bibliotheksverbund zum überwiegenden Teil auch online recherchierbar.

Diese Fortschritte sind vielfach Ergebnis der Digitalisierung von analogen Findmitteln, der sogenannten „Retrokonversion“. Sie wurden auch 2019 vor allem durch den Einsatz externer Dienstleister erzielt. Haushaltsmittel im Umfang von fast 100.000 Euro standen dem Staatsarchiv zur Verfügung, um hand- oder maschinenschriftliche „Kataloge“ in die Datenbank überführen zu lassen. Auch die Facharchivarinnen und -archivare trugen zur Verbesserung der Zugänglichkeit des Archivgutes bei, konzentrierten sich bei der Erschließung aber wiederum auf komplexe Maßnahmen an Großbeständen mit hoher informationeller Bedeutung. Bei der Archivaliengattung „Akten“ konnte der Erschließungszustand im Berichtsjahr z. B. bei rund 800 Metern verbessert und 1.136 Meter konnten abschließend bearbeitet werden. Dennoch bleibt der Erschließungsrückstand des Staatsarchivs, der nicht nur für Benutzerinnen und Benutzer den Zugriff auf das Archivgut erschwert, sondern auch bei vielen internen Arbeiten zu

Mehraufwand führt, 30 Jahre nach dem Ende der DDR sehr hoch. Lediglich 34% der Akten, 17% der Urkunden sowie 21% der Karten und Pläne können nach archivfachlichen Kriterien als voll erschlossen gelten.

Da Archive Unikate verwahren und Erschließungsinformationen – anders als Katalogeinträge in Bibliotheken – demzufolge nicht durch andere Archive nachgenutzt werden können, sehen sie sich seit jeher mit dem Problem konfrontiert, den Erschließungsrückstau nur sehr langsam abbauen zu können. Sie treiben daher nicht nur die Retrokonversion voran, sondern sind auch bestrebt, Metadatenstandards für die Übernahme von Schriftgut der Behörden und Gerichte zu etablieren, um den Aufwand der Nachbearbeitung im Archiv so weit wie möglich zu reduzieren. Gleichzeitig suchen Archive nach Wegen, mit den vorhandenen Mitteln die Chancen der Digitalisierung für die weltweite Bereitstellung der von ihnen verwahrten Informationen im Semantic Web, in dem Daten ausgetauscht und verknüpft werden können, für sich zu nutzen und den wachsenden Erwartungen ihrer Benutzerinnen und Benutzer gerecht zu werden.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Leitungsebene des Staatsarchivs im Berichtsjahr besonders intensiv mit dem Thema „Erschließung“ beschäftigt. Zwei Besprechungen dienten in erster Linie dem Zweck, auf der Grundlage der aktuellen Fachdiskussion den eigenen Standort neu zu bestimmen und über die wichtigsten strategischen Ziele einen Konsens herzustellen. Dieser Diskussionsprozess wird im kommenden Jahr mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fortgesetzt werden. Im Ergebnis soll der Service für die Benutzerinnen und Benutzer weiter verbessert und gleichzeitig der eigene Arbeitsaufwand reduziert werden.

Im Rahmen dieser Diskussion wird u.a. zu klären sein, ob das Staatsarchiv noch stärker als bisher nutzerinduzierte Vorhaben in die mittel- und langfristige Erschließungsplanung einbeziehen kann. Im Berichtsjahr bildeten die Bestände der volkseigenen Wirtschaft der DDR, die mit ihren Vorgängerbetrieben oft bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, bei der Erschließung, Digitalisierung und Online-Stellung einen Arbeitsschwerpunkt. Diese reichhaltige schriftliche Überlieferung, die die herausragende Stellung Sachsens als Industrieland bezeugt, wird nicht nur im Rahmen des „Jahres der Industriekultur 2020“ in Sachsen und der 4. Sächsischen Landesausstellung „Boom. 500 Jahre Industriekultur in Sachsen“ besonders im Fokus stehen, sondern auch darüber hinaus eine wichtige Quellengrundlage für die wissenschaftliche Erforschung der



Werbeplakat der Auto Union AG (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 31050 Auto Union AG, Chemnitz, Nr. P 81)

insbesondere in Ostdeutschland viel diskutierte Geschichte der Treuhandanstalt sein, die nach 1990 die Volkseigenen Betriebe der DDR privatisierte (vgl. hierzu die Beiträge von Bernd Scheperski sowie von Tobias Crabus und Raymond Plache in diesem Heft).

Das Staatsarchiv hat sich außerdem zum Ziel gesetzt, Verfahren der kooperativen Erschließung zu erproben und in solchen Fällen einzusetzen, in denen ein signifikanter Mehrwert für die Benutzerinnen und Benutzer erzeugt und der interne Aufwand reduziert werden kann. Zwei erfolgreiche Kooperationsprojekte des Staatsarchivs haben gezeigt, dass insbesondere Maßnahmen zur Tiefenerschließung ausgewählter Bestände für beide Seiten gewinnbringend sein können. In dem 2019 abgeschlossenen Crowdsourcing-Projekt „Kartei Leipziger Familien“ des Vereins für Computergenealogie wurden vom Staatsarchiv Leipzig verwahrte biographische Daten vom 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erfasst und ins Internet gestellt, und der Dresdner Verein für Genealogie e.V. trägt in einem noch laufenden Kooperationsprojekt dazu bei, bisher schwer nutzbare biographische und topographische Daten von frühneuzeitlichen Beständen des Hauptstaatsarchivs Dresden digital recherchierbar zu machen.

Wir konzentrieren uns auf die Überlieferung der wichtigsten anbieterpflichtigen Stellen

Von den 226 anbieterpflichtigen Behörden und Gerichten, für die das Staatsarchiv zuständig ist, haben im Berichtsjahr 125 Stellen 19.644 Meter Unterlagen angeboten. Das

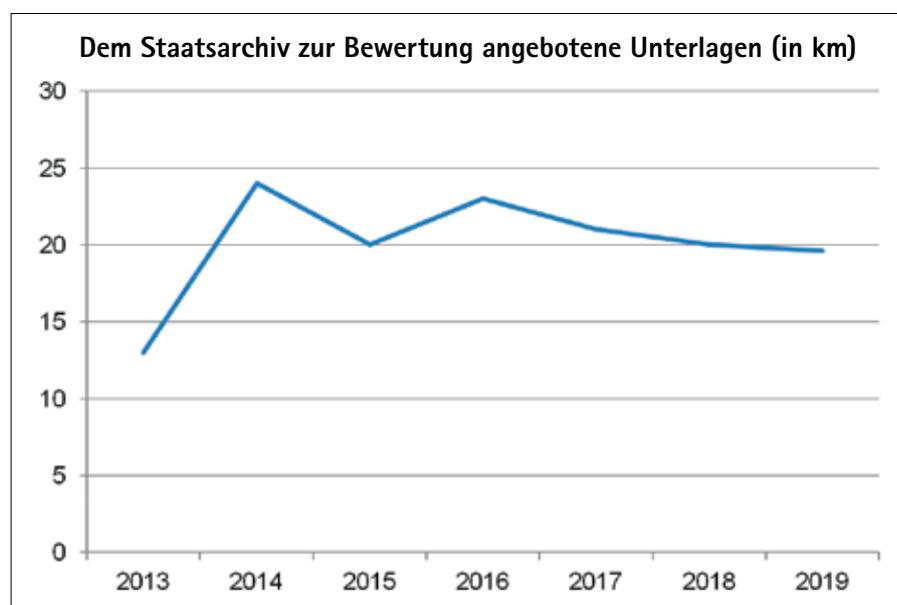
Staatsarchiv hat diese Unterlagen nach den Bestimmungen des Sächsischen Archivgesetzes auf ihren bleibenden Wert geprüft und 334 Meter dauerhaft übernommen.

Die Übernahmequote liegt damit wie in den Vorjahren stabil bei deutlich unter 2%; die übrigen 98% der angebotenen Unterlagen werden nach der Bewertung von den anbieterpflichtigen Stellen datenschutzgerecht vernichtet. Die Tatsache, dass der Umfang des angebotenen Schriftgutes fast konstant geblieben, die Anzahl der anbietenden Stellen aber um 14%, die Anzahl der Angebote sogar um 22% zurückgegangen ist, könnte darauf hinweisen, dass die 2018 eingeführten Kriterien zur Priorisierung anbieterpflichtiger Stellen allmählich Wirkung entfalten. Noch ist jedoch kein eindeutiger Trend zu er-

kennen, da auch andere Faktoren Einfluss auf diesen Prozess nehmen können. Häufig fehlt den Behörden und Gerichten das Personal zur Durchführung des Anbietersprozesses, so dass fällige Angebote zurückgestellt werden müssen, und auch im Staatsarchiv waren 2019 mehrere Personalstellen in diesem Aufgabenbereich unbesetzt.

Mittel- und langfristig werden auch die sogenannten Bewertungsmodelle den Arbeitsaufwand für die abgebenden Stellen und für das Staatsarchiv reduzieren. In ihnen wird der bleibende Wert der Unterlagen einer Behörde prospektiv und im Kontext der Gesamtüberlieferung festgestellt, so dass aufwändige Einzelautopsien bis zur Evaluation des Modells unterbleiben können. Im Berichtsjahr wurden solche Modelle z. B. für die Unterlagen des Sächsischen Landtages und in enger Abstimmung mit dem Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung für die sächsischen Liegenschaftskatasterunterlagen entwickelt. An einem Modell zur Bewertung von Unterlagen der Deutschen Bahn wird im Auftrag der KLA gemeinsam mit den Landesarchivverwaltungen Bayerns und Niedersachsens noch gearbeitet.

Zu den gesetzlichen Aufgaben des Staatsarchivs gehört es auch, die Behörden und Gerichte bei der Verwaltung und Sicherung ihrer Unterlagen zu beraten. Diese für das Staatsarchiv mitunter sehr zeitaufwändigen Maßnahmen haben 2019 im Vergleich zum Vorjahr um 55% zugenommen. Hier dürfte die schrittweise Einführung der elektronischen Vorgangsbearbeitung in der sächsischen Verwaltung zu Buche schlagen, die erfahrungsgemäß einen höheren Beratungsaufwand bei der Schriftgutverwaltung erfordert. Diese Be-





Deutsch-amerikanische Provenienzforscher im Hauptstaatsarchiv Dresden (Foto Sylvia Reinhardt)

ratungsmaßnahmen zielen auch darauf ab, das Verfahren der Anmietung und Abgabe für beide Seiten möglichst reibungslos zu gestalten. Im Berichtsjahr veranstalteten daher das Staatsministerium des Innern und die Landesdirektion Sachsen gemeinsam mit dem Staatsarchiv Leipzig eine Informationsveranstaltung für die Standesämter, um einen Workflow für die ab 2020 erfolgenden Abgaben der anfangs noch analogen, später elektronischen Sicherungsregister zu vereinbaren.

Um die Vorteile einer gesetzeskonformen Abgabe von Unterlagen auch im Museumsbereich deutlich zu machen, beteiligte sich das Staatsarchiv im Berichtsjahr aktiv an einer gemeinsamen Tagung des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) und des Niedersächsischen Landesarchivs in Kooperation mit der KLA. Der Zugang zu diesen Unterlagen wird häufig erschwert, weil die archivreifen Unterlagen in den Museen verbleiben, obwohl die dauerhafte Archivierung und Bereitstellung gesetzliche Aufgabe der zuständigen Archive sind. Insbesondere die Provenienzforschung, die sich mit der Geschichte der Herkunft von Kunstwerken befasst, profitiert von einer kontextuellen Erschließung und Bereitstellung der einschlägigen historischen Quellen durch die Archive. Dies deutlich zu machen, war Ziel von zwei Workshops für Provenienzforscher, die das Staatsarchiv Leipzig gemeinsam mit dem DZK und das Hauptstaats-

archiv Dresden für das „German/American Provenance Research Exchange Program for Museum Professionals“ anboten.

Die Überlieferung elektronischer Unterlagen wird aktiv ausgeweitet

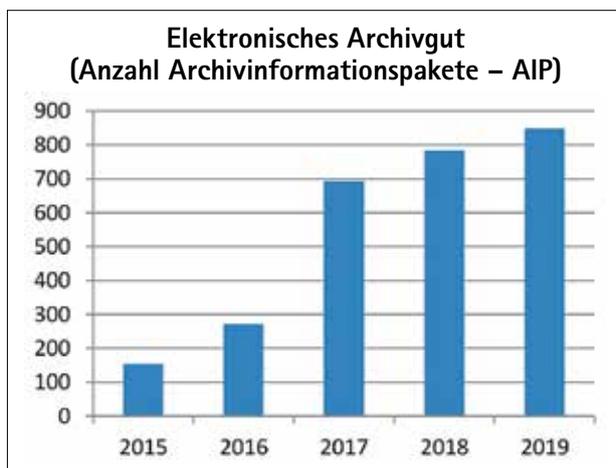
Der Bestand an elektronischem Archivgut ist 2019 um 8% von 748 auf 849 Archivinformationspakete angewachsen. Hierbei handelt es sich nicht um digitale Kopien von analogem Archivgut (engl. „made digital“), sondern um Daten aus Fachverfahren von Behörden und Gerichten, die elektronisch entstanden sind („born digital“), bleibenden Wert besitzen und im elektronischen Staatsarchiv (el_sta) dauerhaft archiviert und zugänglich gemacht werden.

Der Gesamtumfang an elektronischem Archivgut von ca. 2,6 Terabyte erscheint noch immer relativ gering, da bisher vor allem Daten aus älteren Fachverfahren archiviert

wurden, die, wie z. B. die Statistiken der DDR, vergleichsweise wenig Speicherplatz benötigen. Da derartige Daten nicht immer über standardisierte Übernahmeverfahren, sondern noch heute in Form von obsoleten Datenträgern in das Staatsarchiv kommen oder in Archivgutbeständen aufgefunden werden, hat das Sachgebiet Elektronische Archivierung im Berichtsjahr ein Hard- und Softwaresystem beschafft, das z. B. 5 1/4 Zoll-Disketten lesen und die Daten in eine mit heutiger Technik lesbare Form überführen kann.

Schon im nächsten Jahr ist jedoch mit der Übernahme großer Datenmengen zu rechnen, die wie z. B. Orthophotos, also entzerrte, georeferenzierte Luftbilder des Freistaates, sehr viel mehr Speicherplatz benötigen werden. Auch audiovisuelle Medien, insbesondere Lauffilme und Videos, die entweder in ihrer Originalform nicht erhalten werden können oder bereits digital entstanden sind, haben einen großen Speicherplatzbedarf. Um die im Staatsarchiv bereits vorhandenen 25 Terabyte an Daten überführen zu können und für künftige Übernahmen dieser Größe gerüstet zu sein, wurde das vom SID betriebene el_sta um eine technische Komponente erweitert, die diese großen Datenvolumina performant bewältigen kann.

Das Sachgebiet Elektronische Archivierung tritt jedoch nicht erst in Aktion, wenn die elektronischen Unterlagen von den Facharchivarinne(n) und -archivaren bewertet wurden und zur Übernahme anstehen. Es bringt sich schon im Vorfeld in den Prozess der Archivierung ein, um die Entstehung künftig benutzbarer Archivinformationspakete und ihre reibungslose Übernahme in das el_sta sicher zu stellen. Dies ist besonders in Bereichen nötig, in denen das Staatsarchiv Neuland betritt. Im Berichtsjahr waren dies z. B. die Auftritte anbieterpflichtiger Stellen in den Sozialen Medien, über die viele Behörden ein großes Publikum zu erreichen versuchen und mit Bürgerinnen und Bürgern in direkten Kontakt treten wollen. Aus archivrechtlicher Sicht handelt es sich auch bei diesen Verlautbarungen um „Unterlagen“, die im Zuge der Aufgabenerledigung der Behörden entstehen und dem Staatsarchiv folglich zur Archivierung anzubieten sind. Das Staatsarchiv hat daher im Berichtsjahr mit den Vorarbeiten zur Archivierung von Twitter-Nachrichten des Innenministeriums begonnen und wird sich dann schrittweise auch den Auftritten anderer Behörden zuwenden. Von weitreichender Bedeutung für die gesamte sächsische Landesverwaltung ist darüber hinaus der Pilot zur Aussonderung von elektronischen Akten, die im kommenden Jahr unter der Federführung des bei der Staatskanzlei installierten



„Kompetenzzentrums Vorgangsbearbeitung“ mit ausgewählten Behörden erstmals durchgespielt werden soll. Ziel ist die Entwicklung eines möglichst weitgehend automatisierten Ablaufs der Anbietung und Übernahme von elektronischen Akten sowie von Hybrid- und Papierakten mit den zugehörigen Metadaten.

Um sich über Fachfragen der elektronischen Archivierung auszutauschen und an der Neu- oder Weiterentwicklung der erforderlichen Standards mitzuwirken, hat das Staatsarchiv auch 2019 im Arbeitskreis zur „Archivierung von Unterlagen aus digitalen Systemen“, im DIN-Normenausschuss Information und Dokumentation 15 „Schriftgutverwaltung und Langzeitverfügbarkeit digitaler Informationsobjekte“ und in der Nestor-Arbeitsgruppe „Formaterkennung“ mitgearbeitet.



Verpacktes Archivgut im Staatsarchiv Leipzig (Foto Andreas Matthes)

Das Archivgut wird komplett fachgerecht verpackt

Die fachgerechte Verpackung von Archivgut stellt eine der effizientesten Maßnahmen der Bestandserhaltung dar. In den Magazinen der vier Fachabteilungen des Staatsarchivs sind inzwischen fast 99% des Archivgutes so verpackt, dass es vor den meisten äußeren Einflüssen geschützt ist und im Notfall vergleichsweise leicht evakuiert werden könnte. Den archivfachlichen Anforderungen entspricht die Verpackung jedoch nur bei etwa 40% der Archivalien. Dies ist z. B. nicht der Fall, wenn die Kartons saure oder andere papierzerstörende, z. B. oxidationsfördernde Materialien enthalten (u. a. rostende Metallteile), wenn Standardkartons für besondere Archivaliengattungen, wie Glasplatten, verwendet werden oder die Kartons durch Trans-

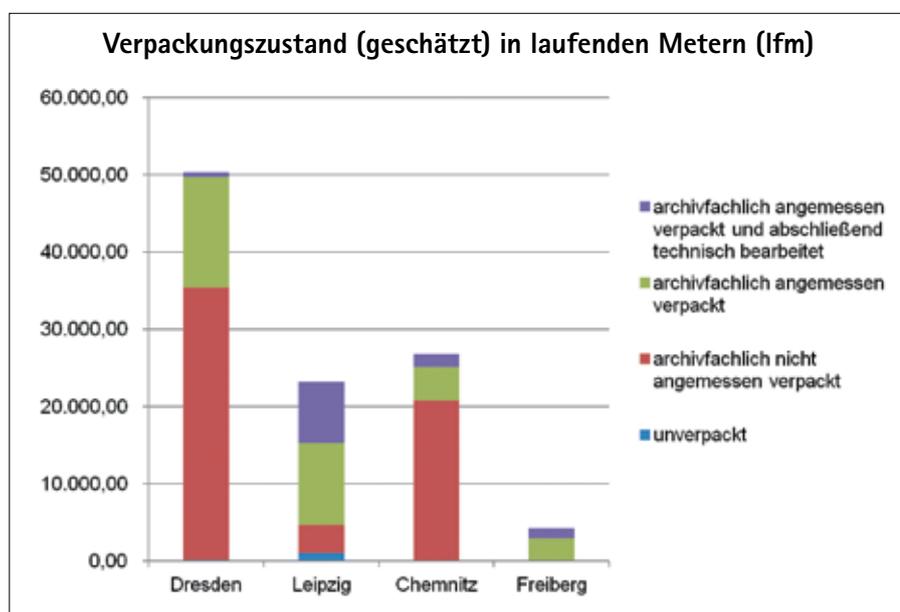
porte beschädigt sind. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des verpackten Archivgutes noch nicht abschließend technisch bearbeitet, d. h. das Archivgut wurde noch nicht gereinigt, und Metallteile wurden noch nicht entfernt.

Für die Verpackung von Archivgut wird das Staatsarchiv daher auch künftig erhebliche Mittel aufwenden müssen. In den vergangenen Jahren entfielen auf die zentrale Beschaffung des Verpackungsmaterials pro Haushaltsjahr etwa 100.000 Euro. Die technische Bearbeitung wurde auch im Berichtsjahr unter der Anleitung des eigenen Fachpersonals im Wesentlichen von Hilfskräften, insbesondere von Menschen mit Behinderung und geringfügig Beschäftigten im Umfang von rd. 13 Voll-

zeitäquivalenten durchgeführt. Im Ergebnis konnten 1.391 Meter Archivgut und 8.535 Einzelarchivalien bearbeitet werden.

Wir konzentrieren die Bestandserhaltung auf die Bestände mit hoher Priorität

Die Digitalisierung der Verwaltung ist auch mit der Erwartung und dem Ziel verbunden, Prozesse in den Behörden zu beschleunigen und Aufwände so weit wie möglich zu reduzieren. Im Staatsarchiv sind diese Effekte in vielen Bereichen spürbar, gleichzeitig sind jedoch zusätzliche Aufwände und neues Fachwissen erforderlich, um Veränderungspotentiale zu ermitteln und digitale Prozesse in die Praxis umzusetzen. Dies wird auch im Bereich der Bestandserhaltung deutlich, deren Aufgabe im Wesentlichen darin besteht, das Archivgut in seiner Entstehungsform zu erhalten, indem das Eintreten von weiteren Schäden verhindert und geschädigtes Archivgut mindestens so wiederhergestellt wird, dass keine Verschlechterung des Zustandes eintreten und eine Benutzbarkeit wieder erreicht werden kann. Auch bei der Entwicklung eines Digitalisierungsworkflows sind Fragen der Bestandserhaltung von Beginn an zu berücksichtigen, um die Originale einerseits nicht unnötig zu gefährden und andererseits mögliche Probleme im Ablauf frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden (vgl. hierzu auch den Beitrag von Barbara Kunze in diesem Heft). Das Archivzentrum Hubertusburg, Referat 13 des Staatsarchivs, hat daher im Berichtsjahr eine eintägige Schulung für Archivarinnen und Archivare durchgeführt, die für die Planung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen verantwortlich sind.



Die im Vorfeld entwickelte Checkliste für Akten und Amtsbücher wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern künftig die Entscheidung über die Eignung des Archivgutes für die Digitalisierung und die Planung vorbereitender Maßnahmen erleichtern.

Andere Aufgaben des Staatsarchivs verändern sich durch die Digitalisierung jedoch nur wenig. Dazu gehören auch die praktischen Maßnahmen der Konservierung und Restaurierung, die z.T. in den Werkstätten des Staatsarchivs, überwiegend jedoch in dessen Auftrag von externen Dienstleistern durchgeführt werden. Da die personellen und finanziellen Ressourcen begrenzt und die Umfänge des geschädigten Archivguts groß sind, hat das Staatsarchiv 2014 ein Verfahren zur Priorisierung der zu behandelnden Bestände eingeführt, das im Berichtsjahr evaluiert wurde. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Priorisierungskriterien (z. B. Benutzungspotential oder Behandlungsaufwand) nicht nur einfach anwendbar sind, sondern auch eine langfristige Maßnahmenplanung und einen kontinuierlichen Abfluss der Hausmittel gewährleisten.

Im Ergebnis dieser Prioritätensetzung wurden im Archivzentrum Hubertusburg 2019 ca. 86 Meter Akten und – vornehmlich im Zuge der Verfilmungsmaßnahmen – über 8.000 Einzelblätter behandelt. An Fremdfirmen wurden Aufträge für die Bearbeitung von ca. 100 Metern sowie 1.000 audiovisuellen Medien vergeben und fast 2.000 Großformate sowie rd. 7.600 Fotos für die Vergabe vorbereitet. Im Rahmen der landeseigenen Schutz- und der aus Bundesmitteln finanzierten Sicherungsverfilmung konnten mit rund 1,1 Mio. Aufnahmen mehr als 200 Meter Archivgut verfilmt werden. Diese Filme werden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zur Sicherung des Kulturguts im Katastrophenfall zentral in einem Stollen in der Nähe von Freiburg im Breisgau gelagert, dem sogenannten Zentralen Bergungsort für Kulturgutschutz (ZBO).

Die Zusammenarbeit mit anderen Kulturgut verwahrenden Einrichtungen wurde auch 2019 fortgesetzt. Im Mittelpunkt stehen dabei nach wie vor die Koordinierung der gemeinsamen Notfallprävention vor Ort und die gegenseitige personelle und materielle Hilfestellung im Ernstfall. Während in Dresden, Leipzig und Freiberg bereits Notfallverbände bestehen, befindet sich der Notfallverbund Chemnitz nach wie vor in Gründung. Der Notfallverbund Freiberg hat im Stadtarchiv gemeinsam mit der örtlichen Feuerwehr erstmals eine Feuerlöschübung durchgeführt. Gelegenheit zum internationalen Austausch auf diesem Gebiet bot der



Feuerlöschübung in Freiberg (Foto Antje Ciecior)

14. Kongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Archiv-, Bibliotheks- und Grafikerrestauratoren (IADA), der unter Beteiligung des Staatsarchivs 2019 im Polin Museum, dem Museum der Geschichte der polnischen Juden, in Warschau stattfand (vgl. hierzu den Beitrag von Barbara Kunze in diesem Heft).

Wir etablieren die Marke Staatsarchiv

Auf dem Weg zur Entwicklung einer Marke „Staatsarchiv“ hat das Staatsarchiv Leipzig mit der Neugestaltung des Öffentlichkeitsbereichs einen ersten wichtigen Schritt unternommen (vgl. hierzu den Beitrag von Volker Jäger in die-

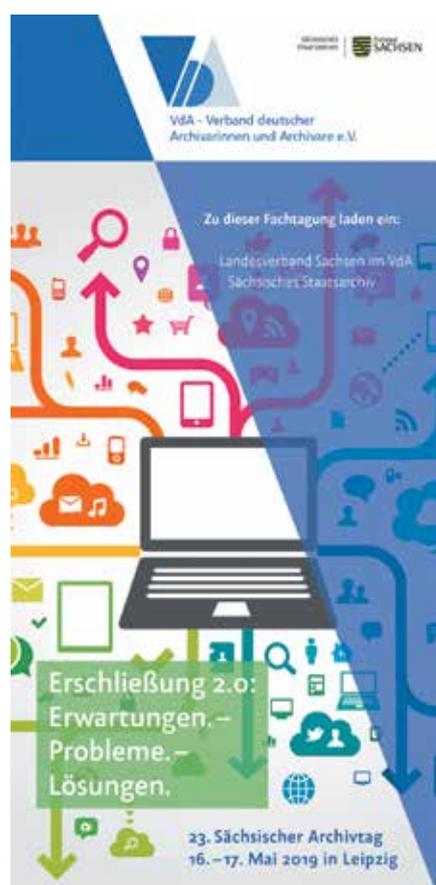
sem Heft). Untergebracht in einem 1995 bezogenen Archivzweckbau, vermittelten das Foyer, die beiden Lesesäle, der Ausstellungsraum und der Vortragsraum den Eindruck eines nüchternen Bürogebäudes. Ziel der Umgestaltung war es, die Öffentlichkeit über die Aufgaben und die Überlieferung des Staatsarchivs zu informieren, die optische Gestaltung sowie die Orientierung in den Räumen zu verbessern und das Staatsarchiv als Gedächtnis der Region deutlicher wahrnehmbar zu machen.

Bei der anlass- und aufgabenbezogenen Zusammenarbeit mit Partnern und Medien boten sich im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Möglichkeiten, unterschiedlichste Adressatenkreise



Dauerausstellung im Staatsarchiv Leipzig (Ausschnitt)

mit einer großen Bandbreite von Kommunikationsformen zu erreichen. Die wichtigste Fachveranstaltung, an der das Staatsarchiv 2019 mitwirkte, war der gemeinsam mit dem Landesverband Sachsen im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare durchgeführte 23. Sächsische Archivtag. An zwei Tagen widmeten sich fast 200 Archivarinnen und Archivare aus Sachsen, Deutschland und dem benachbarten Ausland dem Thema „Erschließung 2.0: Erwartungen, Probleme, Lösungen“. An ein ebenso versiertes Fachpublikum richteten sich zwei Führungen für Medienarchivare und Musikhistoriker, bei denen die reichhaltige Überlieferung von Musikverlagen des Staatsarchivs Leipzig im Mittelpunkt stand. Das Hauptstaatsarchiv Dresden führte gemeinsam mit dem Sächsischen Landeskuratorium ländlicher Raum und dem Landesverein sächsischer Heimatschutz eine Informationsveranstaltung für Ortschronisten und Heimatforscher durch, in der archivische Quellen der frühen Neuzeit vorgestellt und Fragen zur Quellenrecherche beantwortet wurden.



Die vom Staatsarchiv Chemnitz gemeinsam mit der Außenstelle Chemnitz des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR veranstaltete Archivalienpräsentation zu 30 Jahren Friedlicher Revolution sowie die Podiumsdiskussion „Aufbruch – Durchbruch – Umbruch – SED und Stasi in der Region vor dem Ende“



Dr. Peter Hoheisel (links) auf der Leipziger Buchmesse (Foto Elisabeth Spree)

richteten sich vor allem an ein breites, zeitgeschichtlich interessiertes Publikum (vgl. hierzu auch den Beitrag von Annette Zehnter in diesem Heft). Die große Teilnehmerzahl ist ein Beleg dafür, dass mit derartigen Formaten, an denen Historiker ebenso wie aktiv beteiligte Zeitzeugen mitwirken, eine Brücke von dem selbst Erlebten zu der archivischen Überlieferung geschlagen werden kann. Diese Verbindung zwischen jüngster Gesellschaftsgeschichte und Archiv herzustellen, gelang auch der inzwischen fest etablierten Podiumsdiskussion des Bergarchivs Freiberg am Tag der deutschen Einheit, in der 2019 drei engagierte Frauen über ihre Erlebnisse zwischen 1989 und 1990 berichteten.

Einen noch größeren Interessentenkreis als bei den genannten hausinternen Veranstaltungen konnte das Staatsarchiv durch die Teilnahme an kulturellen Großveranstaltungen und diverse Beiträge in Funk und Fernsehen erreichen. Auf der Leipziger Buchmesse war es mit zwei Publikationen vertreten, die im Musikcafé im Klangquartier präsentiert wurden und die beide auf archivalischen Quellen des Staatsarchivs basieren. Beim Dokumentarfilmfestival „DOK Leipzig“ präsentierte das Staatsarchiv in der Matinee „Diese anderen Deutschen!“ eine Auswahl von Amateurfilmen aus der DDR. Auf großes Interesse stießen auch eine Live-Sendung von Deutschlandfunk-Kultur über das Thema Ahnenforschung und Beiträge zum 200. Geburtstag von Clara Schumann auf ARTE und im MDR (s. den Beitrag von Thekla Kluttig in diesem Heft), an denen das Staatsarchiv mitwirkte.

Ausblick

Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Archivblatts steigt die Zahl der im Freistaat Sachsen mit dem neuartigen Coronavirus Infizierten noch immer an. Es gelten weitreichende Ausgangsbeschränkungen, und der Freistaat stellt erhebliche Finanzhilfen zur Abmilderung der Krisenfolgen bereit. Im Staatsarchiv wird der Dienstbetrieb zwar aufrechterhalten. Um die Verbreitung des Virus einzudämmen, sind die Lesesäle jedoch geschlossen, und die Mehrheit der Bediensteten arbeitet im Homeoffice.

Die langfristigen Folgen dieser Pandemie sind derzeit noch nicht abzusehen. Positiv wirkt sich auch in dieser Krise das große Engagement aus, mit dem die Bediensteten des Staatsarchivs ihre Aufgaben erfüllen. Nur durch die konstruktive Zusammenarbeit aller ist es möglich, die Arbeitsabläufe schnell umzugestalten und an die sich fast täglich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Die Pandemie zeigt aber auch, dass die Digitalisierung der Verwaltung in der Zukunft viel konsequenter und schneller vorangetrieben werden muss. Nicht nur, um für zukünftige Krisen dieser Art besser gerüstet zu sein, sondern auch, um die Potentiale des digitalen Arbeitens bestmöglich auszuschöpfen. Auch dieser Herausforderung wird sich das Staatsarchiv wieder stellen, sobald der Ausnahmezustand beendet ist.

Andrea Wettmann
(Sächsisches Staatsarchiv,
Direktorin)

Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří im Bergarchiv Freiberg

Als am 6. Juli 2019 die Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří in die UNESCO-Welterbeliste eingeschrieben wurde, erreichte ein fast zwanzig Jahre dauernder Antrags- und Bewerbungsprozess seinen vorläufigen Höhepunkt. Vom sächsisch-böhmischen Erzbergbau gingen herausragende technologische und wissenschaftliche Errungenschaften aus, die die Entwicklungen in anderen Bergbaugebieten weltweit erheblich beeinflussten, darunter beispielsweise Innovationen zur Wasserhebung oder zur Erzverhüttung, die Erstellung erster geologischer Karten, der Druck erster bergbautechnischer Lehr- und Sachbücher oder die Gründung der ältesten noch bestehenden Montanhochschule der Welt in Freiberg. Die große Bandbreite an montanen, industriellen und kulturellen Sachzeugen und die damit verbundenen kulturellen Werte machen das Erzgebirge zu einer singulären montanen Kulturlandschaft. Eine Besonderheit liegt in ihrem grenzübergreifenden Charakter, der so bislang im Kontext des montanen Welterbes einzigartig ist. 17 deutsche Bestandteile und Landschaften sowie fünf tschechische mit alleine auf sächsischer Seite über 400 Einzelobjekten bilden die Montanregion, denen die UNESCO Authentizität und Unversehrtheit zuerkannte.

Die Aufnahme in die Welterbeliste stellt keinen eigenen Schutzstatus dar, sondern ist eine besondere Würdigung der jeweiligen nationalen Schutzanstrengungen des entsprechenden Staats durch die UNESCO. Kern der Montanregion sind die definierten, unter Denkmalschutz stehenden Einzelgebäude oder Bauwerke (die „Objekte“), die wiederum zu Bestandteilen und/oder Landschaften zusammengefasst werden. Der Montanregionbestandteil „Bergbaulandschaft Hoher Forst“ besteht beispielsweise aus den Objekten Martin-Römer-Stolln, Engländer-Stolln und der Burg- und Bergbausiedlung, der Bestandteil „Blaufarbenwerk Schindlerswerk“ aus den Objekten Nassmühle, Schlämmerei, Herrenhaus, dem oktagonalen Schornstein und verschiedenen weiteren. Die Montanregion ist somit keine homogene, das deutsche und tschechische Erzgebirge umfassende Fläche, sondern der Raum, in welchem sich die definierten, zur Montanregion zu zählenden Einzelobjekte befinden. Diese Einzelobjekte können nun ohne Schwierigkeiten auf ihre archivarische Überlieferung hin betrachtet werden. Montanüberlieferung ist an vielen Stellen zu finden. In den Bergstädten sind hier vorrangig die Stadtarchive zu nennen (Freiberg,



Eine ganze Reihe heutiger Welterbeobjekte sind auf einem großformatigen Riss des Freibergers Reviers vom Ende des 17. Jahrhunderts zu entdecken (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, 40089 Revierwasserlaufanstalt, Nr. 2-K864). Darunter befindet sich die sogenannte „Altväterbrücke“, eine noch heute nutzbare Brücke über die Mulde nördlich von Freiberg, ursprünglich die Wasserzuführung (Aquadukt) für die Grube Anna samt Altvater.

Marienberg, Schneeberg), deren kommunale Überlieferung selbstverständlich auch diejenige der in den Städten gelegenen Objekte umfasst. Ebenso ist auf die Überlieferung der Rittergüter/Grundherrschaften zu verweisen, die Bergbau betrieben haben, deren Archive sich nun vor allem in den Abteilungen Dresden und Chemnitz des Sächsischen Staatsarchivs befinden. Aber auch im historischen Archiv der Wismut GmbH sind Unterlagen zu zahlreichen Welterbe-Objekten zu erwarten. Allerdings sind alle diese Überlieferungen immer nur punktuell und umfassen nie die gesamte Montanregion. Dabei ist in Sachsen die Chance für eine umfassende Montanregionsüberlieferung deutlich besser als anderswo. Das Direktionsprinzip, das staatliche Eingriffs- und Steuerungsrecht in alle Bereiche der Montanwirtschaft, erfährt in Sachsen die stärkste, konsequenteste und dauerhafteste Ausprägung aller mitteleuropäischen Territorien. Folgerichtig ist in der Überlieferung der staatlichen Bergverwaltung, die sich im Bergarchiv Freiberg befindet, ein wesentlicher Teil der archivalischen Hinterlassenschaften der einzelnen Welterbeobjekte vorhanden, war doch die Bergverwaltung bis zur Einführung des Allgemeinen Sächsischen Berggesetzes im Jahr 1868 nicht nur Aufsichts- und Kontrollbehörde, sondern Akteur im Bergbaugeschehen. Das betraf zudem nicht nur den Abbau der Bodenschätze, sondern auch deren Weiterverarbeitung in den Schmelzhütten und damit auch die Hüttenverwaltung. Hinzu kommt die Überlieferung der Montanbetriebe. Das sächsische Archivgesetz bestimmt – analog zu den Archivgesetzen der anderen ostdeutschen Bundesländer – dass das sächsische Staatsarchiv auch eine Zuständigkeit für die Wirtschaftsbetriebe der staatsgeleiteten Wirtschaft der ehemaligen DDR auf dem Gebiet des heutigen Freistaats Sachsen besitzt. Die Staatsarchive der ostdeutschen

Bundesländer sind damit zu den größten Wirtschaftsarchiven Deutschlands geworden, denn in der Überlieferung der ehemals volkseigenen Wirtschaft fanden sich auch die Unterlagen der privatwirtschaftlichen Vorgängerbetriebe. Im Bergarchiv Freiberg werden somit auch die Archivbestände beispielsweise der Saigerhütte Grünthal, des VEB Blechwalzwerk Olbernhau, der Hütten Halsbrücke und Muldenhütten, der Sachsenerz GmbH oder der vier sächsischen Blaufarbenwerke verwahrt.

Insgesamt heißt das, dass sich zu sämtlichen Objekten der Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří – einschließlich der tschechischen – im Bergarchiv Freiberg Dokumente und Zeugnisse finden lassen. Damit kommt dem Bergarchiv eine besondere Bedeutung bei der Erforschung, Bewahrung und Weiterentwicklung der Welterbeobjekte zu. Die im Bergarchiv Freiberg verwahrten Archivalien decken die gesamte Bandbreite der möglichen Überlieferungsformen ab, es handelt sich um Akten, Karten und Pläne (Risse), Fotografien und audiovisuelle Medien. Ihre Bedeutung erlangen diese Archivalien in der Regel erst durch ihr Zusammenspiel und ihre Herkunft, Einzelstücke sind oft wenig aussagekräftig. In ihren Entstehungskontext gestellt, gewinnen die Archivalien jedoch eine erhebliche Aussagekraft und sind die entscheidende Basis zum Verständnis der einzelnen Objekte der Montanregion. Die im Bergarchiv Freiberg vorhandene Überlieferung der montanen Kulturlandschaft Erzgebirge/Krušnohoří ermöglicht einen umfassenden, weltweit einmaligen Einblick in die Geschichte, Entwicklung und Kultur einer ländlich geprägten Montanregion von globaler Bedeutung.

Peter Hoheisel
(Sächsisches Staatsarchiv,
Bergarchiv Freiberg)

Dokumente zu den Anfängen des sächsischen Sparkassenwesens im Staatsarchiv Chemnitz

Im Jahr 2019 begingen die beiden ältesten Sparkassen Sachsens ihre 200. Gründungsjubiläen. Am 1. Januar 1819 eröffnete Graf Peter Carl Wilhelm von Hohenthal seine Sparkasse in Königsbrück, dicht gefolgt von der Fürstlich Schönburgischen Sparkasse Waldenburg, die ihre Statuten am 13. August 1819 von Otto Victor I. von Schönburg erhielt. Diese für das Sparkassenwesen Sachsens bahnbrechenden adligen Initiativen sind im Sächsischen Staatsarchiv in den Beständen 50155 Standesherrschaft Königsbrück und 30593 Herrschaft Waldenburg gut dokumentiert.

Exemplarisch zeigen die einschlägigen Archivalien des Bestands 30593 Herrschaft Waldenburg, wie der Sparkassengedanke als ein wichtiger Baustein in die sozial-karitativen Programme des Adels zur Überwindung des Leides der Napoleonischen Kriege und der Hungerkrise 1816/17 integriert wurde. Denn eine Balance zwischen sozialem Anliegen und wirtschaftlichem Erfolg war den ersten Sparkassengründern wichtig. So führt die Präambel der Waldenburger Statuten von 1819 aus, die Sparkasse wolle den „Untertanen Gelegenheit geben, sich durch Sammlung [...] ihrer kleinen Ersparnisse

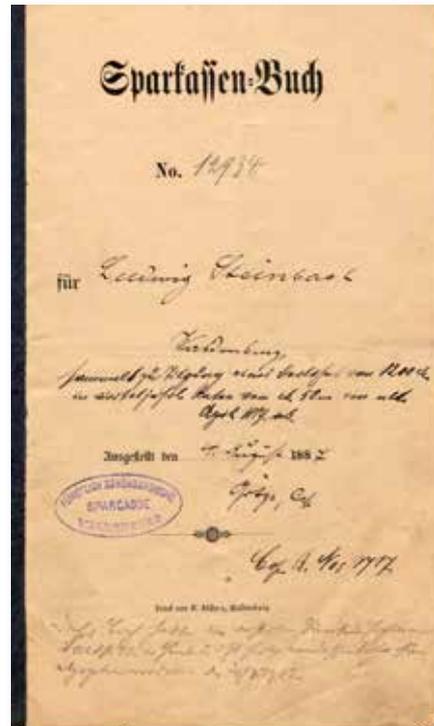
ein Kapital zu sammeln, welches sie [...] in Fällen der Noth benutzen können.“ Damit war ein Kanal der Selbstfürsorge für besonders krisenanfällige Bevölkerungsgruppen geschaf-

fen. Um Wohlhabende von der Sparkasse fernzuhalten, wurden nur Einlagen bis 50 Taler angenommen. Andererseits galten eine Mindesteinlage und ein systematischer Sparplan, der die pädagogische Absicht erkennen lässt, dem Sparer die aktive Mitwirkungspflicht an seiner Existenzsicherung zu vermitteln.

In den Akten sind auch Details zu den Geschäftsabläufen erwähnt. Die Sparkasse bezog ihre Geschäftsräume im Waldenburger Schloss und wurde von einem fürstlichen Beamten geleitet. Durch öffentliche Bekanntmachung bestimmte dieser einen Wochentag, an dem Sparer ihre Ein- und Auszahlungen tätigen konnten. Jeder Sparer erhielt ein Quittungsbuch, das auf den Namen des Inhabers oder eines Angehörigen ausgestellt wurde und die Einzahlungsbelege und Zinsgutschriften enthielt. Auch solche Quittungsbücher gehören heute zum Bestand.

Für die Sicherung der Einlagen bürgte Otto Victor I. von Schönburg persönlich mit seinem Privatvermögen. Seine Handschrift ist auch in der Weiterentwicklung der Statuten deutlich sichtbar. Aufgrund der bemerkenswerten Nachfrage auch aus anderen sächsischen Landesteilen sah er sich 1836 genötigt, nur noch seine unmittelbaren Untertanen als Sparer zuzulassen. Seine Nachkommen führten die Sparkasse im Geist des Gründervaters fort und nahmen stets nur behutsame Anpassungen der Statuten an die Zeitverhältnisse vor. Die Fürstlich Schönburgische Sparkasse blieb in diesem Sinn bis 1945 eine Privatsparkasse. Sie und ihr Königsbrücker Pendant gaben das Vorbild für alle anderen Sparkassen, die seit 1821 sukzessive in den größeren und mittleren Städten Sachsens entstanden.

Der Aktenbestand des Staatsarchivs Chemnitz dokumentiert die Grundzüge der Sparkassenentwicklung in Waldenburg von den Anfängen 1819 bis 1945. Er beinhaltet alle Statuten und viele herrschaftliche Verwaltungsvorgänge und bleibt auch sozialgeschichtlich interessante Zugänge zu den Finanzverhältnissen einzelner Sparer nicht schuldig. Vor allem aber vermitteln die Akten ein Bild von dem Wohltätigkeits- und Regionalprinzip, auf dem das sächsische Sparkassenwesen vor 200 Jahren seine Ausgangsbasis fand.



Jahr		Forderung		Monat	Bemerkung, Nachzahlung und sonstige Vermerkmale.
Monat	Tag	Monat	Tag		
		100.11			
		100.11			
		600.11			
		100.11			
1819		500.11			
		100.11			
		700.11			
		100.11			
		100.11			
		100.11			
		400.11			
		100.11			
		25.11			
		4.54.11			
1819		11.11			
		10.11			
		10.11			

Sparkassen-Buch No. 12934 der Fürstlichen Sparkasse Waldenburg für Ludwig Friedrich Steinbach aus Waldenburg, ausgestellt am 4. August 1887 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30593 Herrschaft Waldenburg, Nr. 2434, Einlage)

Michael Wetzel
(Zwönitz)

Bergbau und Fotografie – Ein fotohistorisches Forschungsprojekt in Freiberg

Bereits im späten 19. Jahrhundert nutzte der 1860 gegründete Freiburger Altertumsverein Fotografien zur Dokumentation von Gebäuden und Landschaften, um das historische Erbe Freibergs festzuhalten. Heute bewahrt die Fotothek des Stadt- und Bergbaumuseums Freiberg eine umfangreiche Sammlung an fotografischen Objekten. Diese reichen von historischen Glasplattennegativen, Dias, Abzügen, über gerahmte Fotografien, Fotoalben, Kleinbildnegativen bis zu Digitalaufnahmen. Auch das Sammlungskonvolut Postkarten ist der Fotothek zugeordnet. Unter der Fülle von Motiven bildet das Thema Freiburger Bergbau und Hüttenwesen einen wichtigen Schwerpunkt. Auch die Fotothek des Museums erfüllt die klassischen museologischen Aufgaben Sammeln, Bewahren, Erforschen und Vermitteln. Die fotografischen Objekte werden nicht nur sachgerecht aufbewahrt,

sondern gegebenenfalls restauriert, dokumentiert und vor allem digitalisiert. Diese Bilddaten für die Forschung sowie für Publikationen und Ausstellungen unter Beachtung der Urheber-, Nutzungs- und Persönlichkeitsrechte zur Verfügung zu stellen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Fotothek. Das wird besonders durch die gute Erschließung der Bildbestände über das vom Museum genutzte Inventarisationsprogramm HiDA ermöglicht, sodass Nutzeranfragen schnell bearbeitet werden können.

2016 entschied sich das Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg gemeinsam mit dem Institut für Industriearchäologie, Wissenschafts- und Technikgeschichte (IWTG) der TU Bergakademie Freiberg den Antrag für ein Kooperationsprojekt im Rahmen der Förderinitiative der VolkswagenStiftung „Forschung in Museen“ einzureichen. Diese Initiative war geschaffen

worden, um kleinere Museen in ihrer Forschungsarbeit zu unterstützen und sie mit universitären Partnern zusammenzubringen. Nach der Bewilligung der Fördermittel lief das Projekt für drei Jahre von November 2016 bis Oktober 2019.

Ziel des Projekts mit dem Titel „Bergbaukultur im Medienwandel – Fotografische Deutungen von Arbeit, Technik und Alltag im Freiburger Raum“ war die Untersuchung des Fotobestandes im Museum und einiger Teilbestände der universitären Bildsammlungen. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Analyse der Entwicklungen und Veränderungen von montanhistorischen fotografischen Darstellungsmustern, beispielsweise in der Porträt-, Industrie- oder Landschaftsfotografie. So erfolgte eine Prüfung verschiedener Aspekte wie Bildstile und Inszenierungsgrade oder der Anwendung von



Blick in die Hängebank der Grube Beihilfe – Fotografen setzten solche Bilder in Szene, um einen Einblick in den Arbeitsalltag der Bergleute zu geben (Foto Reymann, 1890, Quelle Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg, Fotothek, Inv.-Nr. 324)

Fototechniken. Ebenso wurde der Einfluss, den die Publikation und Vermarktung der fertigen Bilder hatte, untersucht. Zugleich spielte der Vergleich mit anderen fotografischen Beständen, so zum Beispiel aus dem Bergarchiv Freiberg, eine wichtige Rolle. Die wissenschaftliche Betreuung des Projekts erfolgte dabei seitens der Universität durch das IWTG mit einer erfahrenen Fotografin. Die Erschließungsarbeiten einer Auswahl des fotografischen Bestands der Fotothek im Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg übernahm ein Museologe, um parallel die inhaltliche Erforschung zu unterstützen.

Im Laufe der gemeinsamen Arbeit wurden die Projektziele erreicht. Über 6.000 Bildmedien sind digitalisiert, mehr als 4.100 davon inventarisiert und verschlagwortet. Zudem konnten erfolgreich zwei thematisch passende Abschlussarbeiten am IWTG angefertigt werden, die sich mit unterschiedlichen Themen der Entstehungs- und Nutzungsgeschichte von fotografischen Konvoluten aus dem späten 19. und dem 20. Jahrhundert befassten. Einen wichtigen Projektmeilenstein stellte die am 24. Mai 2018 in Freiberg veranstaltete wissenschaftliche Tagung „Bilder aus den Bergwerks- und Hüttenbetrieben – Auftragskontexte fotografischer Repräsentationsalben (1890–1920)“ mit internationaler Beteiligung dar, zu der auch begleitend ein Tagungsband erschien. Einige Ergebnisse der Tagung konnten dann als eine kleine Ausstellung im Stadt- und Bergbau-



Um 1900 typisch ist der Einsatz von Pferden, hier beim Ziehen von leeren Hunten bei der Reichen Zeche, einem wichtigen Bergwerk des Freiburger Reviers (Foto Reymann, 1906, Quelle Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg, Fotothek, Inv.-Nr. 1564)

museum vom 20. Juni bis 15. Juli 2018 gezeigt werden. Die Ausstellung „Silberblick(e) – Historische Bergbaufotografien von Heinrich Börner im Kontext“ ordnete das Werk eines bedeutenden Freiburger Fotografen in die regionale Fotografiegeschichte ein und verglich diese Aufnahmen mit denen anderer europäischer Bergreviere. Mit dem Buch „Der Freiburger Bergbau um 1900“ erschienen nach fast



Eine große Rolle spielte die Atelierfotografie zur Darstellung des Selbstverständnisses von Studenten der Bergakademie wie hier bei Bergpraktikanten im Zechenzeug (Foto Reymann, 1894, Quelle Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg, Fotothek, Inv.-Nr. 386)

dreijähriger Forschung nicht nur die Ergebnisse des Projekts als wissenschaftliche Monografie, sondern es lieferte durch den reich illustrierten Bildteil mit zeitgenössischen Fotografien einen interessanten Rückblick in die Freiburger Vergangenheit. Die Kernaussagen des Buches griff auch die im Museum gezeigte Abschlussausstellung „Silberbilder – Bergbaukultur im Medienwandel“ auf. Vom 28. September 2019 bis 5. Januar 2020 präsentierte diese ausgewählte Impressionen der fotografischen Überlieferung zum Freiburger Montanwesen um 1900. Von der Porträtfotografie spannte sich der Bogen zu den Arbeitsszenen in den Bergwerken unter Tage sowie in der Aufbereitung und im Hüttenwesen über Tage bis zum Leben der Berg- und Hüttenleute in ihrem sozialen Umfeld außerhalb der Arbeit. Aber auch der Niedergang und die Einstellung des Silberbergbaus bis 1913 sowie die Traditionspflege, wie zum Beispiel die Bergparaden und die bergmännische Musiktradition, die bis heute eine kulturelle Brücke in die Gegenwart schlagen, fanden thematisch Eingang.

Die Ausstellung bildete zwar den Abschluss des Projekts, die Erforschung der an Motiven des Bergbaus und Hüttenwesens reichen Sammlung der Fotothek ist jedoch nicht beendet, sondern eröffnet künftig vielen Interessierten – gerade in Hinblick auf das UNESCO-Welterbe Montanregion Erzgebirge/Krušnohoří – vielfältige Nutzungsmöglichkeiten.



Nicht nur der Bergbau, auch das Hüttenwesen prägte die Landschaft um Freiberg, wie die Hohe Esse von Halsbrücke – eine bis heute erhaltene Landmarke (Foto Reymann, o.D., Quelle Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg, Fotothek, Inv.-Nr. 1686)

**Peter Hauschild
Freiberg**

Die Dokumentation des Untergangs – Unterlagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Hauptstaatsarchiv Dresden

Überlieferung „abgewickelter“ DDR-Unternehmen im Staatsarchiv

In den Jahren 2017 und 2018 sind Unterlagen im Umfang von fast 2,2 Kilometern aus den von der Treuhandanstalt liquidierten volkseigenen Betrieben in das Sächsische Staatsarchiv gelangt. Mit Blick auf das für 2020 ausgerufenen „Jahr der Industriekultur“ in Sachsen berichten die Abteilungen von der Übernahme der Archivalien.

Die volkseigenen Betriebe in der DDR prägten im gesellschaftlichen und privaten Bereich maßgeblich das Leben jedes Einzelnen. Über die Funktion als Arbeitgeber hinaus war der Betrieb auch bei der Vergabe von Wohnraum oder Kindergartenplätzen, der Gesundheitsversorgung sowie der Freizeitgestaltung direkt oder indirekt beteiligt. Trotz dieser zentralen Rolle „erscheint manchem rätselhaft, wie die DDR-Wirtschaft angesichts grundlegender Systemdefekte überhaupt 40 Jahre existieren konnte.“ Diese Aussage traf der Wirtschaftshistoriker André Steiner bereits 2010 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Natürlich ist der Untergang eines ganzen Wirtschaftssystems keine Black Box oder gar rätselhaft. Einen Pfeiler für die Aufarbeitung des Scheiterns der Planwirtschaft bildet nicht zuletzt die Überlieferung der untergegangenen Betriebe und wirtschaftsleitenden Organe der DDR in den Archiven. Im Jahresbericht 2017 des Sächsischen Staatsarchivs wurde zur aktuellen Entwicklung der Wirtschaftsüberlieferung festgestellt, dass sich „nach Abschluss der Übernahme [hier ist die Übernahme der von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) übergebenen Firmenbestände gemeint] [...] der Umfang des Wirtschaftsarchivgutes im Staatsarchiv auf ca. 27 km belaufen [wird]. Das Staatsarchiv kann damit als eines der größten, wenn nicht als das größte Wirtschaftsarchiv Deutschlands gelten.“

Wirtschaftsüberlieferung in dieser Größenordnung in einem Staatsarchiv ist für die deutsche Archivlandschaft überwiegend ein Novum, in den „neuen“ Bundesländern indes eine Normalität, die in Sachsen ihre Wurzeln im Volksentscheid über das Gesetz zur Übergabe

von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes vom 30. Juni 1946 hat. Zunächst änderte sich damit an der Zuständigkeit für die Firmenunterlagen nichts. Dieser Status Quo wurde durch eine Anweisung des Ministeriums des Innern der DDR von 1950 über die Einrichtung von Betriebsarchiven noch untermauert. Erst die Verordnung über das staatliche Archivwesen der DDR vom 17. Juni 1965 schrieb dann die Zuständigkeit der Staatsarchive für das Archivgut der Wirtschaft in ihren Archivsprengeln fest. Mit dieser Verordnung wurde das Archivgut der Betriebe erstmals als Bestandteil des „staatlichen Archivfonds“ definiert.

So gelangten schon Unterlagen vor dem gesellschaftlichen Umbruch aus den volkseigenen Betrieben in die Staatsarchive. Den Stand der Überlieferung im Hauptstaatsarchiv Dresden bis 1990 dokumentiert im Wesentlichen dessen 1994 veröffentlichte Bestandsübersicht. Auch wenn bei der Überlieferungsbildung in der DDR nach den Grundsätzen der Wertermittlung „entsprechend den Erkenntnissen des historischen Materialismus den Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung [...] eine besondere Aufmerksamkeit“ gewidmet war und das Rahmenarchivgutverzeichnis für den Bereich Industrie die „notwendige Quellenbasis für die Geschichte der sozialistischen Gesellschaft“ hervorhob, spiegelt diese Überlieferung in großen Teilen die Industriestruktur der jeweiligen Archivsprengel insgesamt wider.

Der größte Zuwachs an Wirtschaftsbeständen gelangte aber erst nach der Abwicklung der volkseigenen Wirtschaft in den 1990er Jahren u. v. a. 2017 mit der Übernahme der „BvS-Unterlagen“ (der von der Treuhandanstalt (THA) liquidierten Unternehmen) in das Sächsische Staatsarchiv. Die Bestände der Wirtschaft sind mit einem zeitlichen Schwerpunkt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts einer der jüngsten Quellen- bzw. Dokumentationsbereiche in der Gesamtüberlieferung des Sächsischen Staatsarchivs. Die im Jahre 1990 im Zusammenhang mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einsetzende Liquidierung des volkseigenen Vermögens auf der Grundlage des Treuhandgesetzes markiert in der Regel auch das Ende der eigentlichen Wirtschaftsüberlieferung. Die „BvS-Unterlagen“ gehen aber über das Jahr 1990 deutlich hinaus

und dokumentieren u. a. die Agonie der ostdeutschen Wirtschaft.

Um das aufbewahrungspflichtige bzw. potenziell archivwürdige Schriftgut aller abgewickelten DDR-Betriebe aufnehmen zu können, richtete die Treuhandanstalt 1991 sechs Landesdepots ein. Das Landesdepot Sachsen war insbesondere für diejenigen Firmen zuständig, die ihren Stammsitz in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig hatten. Zum 1. Januar 1995 wurde die DISOS GmbH, ein Tochterunternehmen der Treuhandanstalt, mit der Führung der Landesdepots betraut. Das Landesdepot Sachsen verlagerte im Oktober 1995 seinen Standort von Dresden nach Klingenberg. Die Aufgaben der Landesdepots umfassten die Beratung der Liquidatoren zur Bewertung des Schriftgutes der Unternehmen, die Einlagerung des „Archivmaterials“ liquidierten Unternehmen, die Erfassung der Unterlagen, die Aufbewahrung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften und die Erteilung von Auskünften zu Arbeitsverdiensten und Beschäftigungszeiten (Kontenklärung). Besonders durch die letztgenannte Aufgabe ist die DISOS vielen ehemaligen „DDR-Bürgern“ ein Begriff, denn die dort berechneten Verdienste und Beschäftigungszeiten haben einen entscheidenden Einfluss auf die Höhe der Altersbezüge. Aus diesem Grund verlängerte der Gesetzgeber die Aufbewahrungsfrist für Lohnunterlagen der DDR, die eigentlich bereits im Dezember 2006 auslaufen sollte, bis Ende 2011. Eine nochmalige Verlängerung hat der Deutsche Bundestag auf seiner 149. Sitzung am 15. Dezember 2011 nicht befürwortet.

Nachdem die DISOS GmbH durch die BvS 1998 zunächst an den Softwarekonzern IBM verkauft wurde, gehörte sie seit 2004 als Iron Mountain DISOS GmbH zum US-amerikanischen Unternehmen Iron Mountain. Als die BvS die Verwaltung der Unterlagen ehemaliger DDR-Betriebe Mitte 2007 neu vergab, erhielt die Rhenus Office Systems GmbH diesen Auftrag. Die Landesdepots wurden daraufhin aufgelöst und die Unterlagen am brandenburgischen Standort Großbeeren konzentriert. Dieser Wechsel führte aus Sicht des Staatsarchivs zu einem erheblichen Informationsverlust, der das weitere Bewertungsverfahren stark beeinflusste. Unter

anderem waren danach ganze Firmenüberlieferungen bzw. Erfassungslisten nicht mehr auffindbar.

Mitte der 1990er Jahre gab es von Seiten der damals noch selbstständigen sächsischen Staatsarchive Bestrebungen, die Überlieferungsbildung im Bereich der Wirtschaft gezielt zu steuern. Am 4. Oktober 1995 fand eine Beratung zur Installierung einer Kommission für die Bewertung der Unterlagen liquidierter THA-Unternehmen in Sachsen statt. Daran nahmen Vertreter der Staatsarchive, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, der DISOS, der TU Dresden und der BvS teil. Eine separate sächsische Lösung kam jedoch nicht zustande. Vielmehr mündeten auch die sächsischen Bestrebungen 1996 in den „Verfahrenshinweisen zur Zusammenarbeit der DISOS-Landesdepots mit den Archivreferenten der Neuen Länder“. Dieser Leitfaden legte den Geltungsbereich, die Zielorientierung und den Handlungsablauf in Bezug auf die Gestaltung und Form der Zusammenarbeit fest. Auf der Grundlage der Verfahrenshinweise wurden unter Einbeziehung der Kommunalarchive von 1997 bis 2014 Unterlagen der BvS in den sächsischen Staatsarchiven bewertet.

Die wichtigsten Kriterien der Bewertung im Staatsarchiv auf der Ebene der Registraturbildner können in drei Punkten zusammengefasst werden:

- Im Staatsarchiv ist bereits eine Firmenüberlieferung (Bestandsergänzung) vorhanden. Bsp.: VEB Kombinat Robotron Dresden, VEB Robur-Werke Zittau, VEB Rohrkombinat Stahl- und Walzwerk Riesa
- Durch die Übernahme können bestehende Überlieferungslücken eines Industriezweiges geschlossen werden. Bsp.: VEB Dauerbackwaren Dresden, VEB Anker Teigwarenfabrik Löbau, VEB Zuckerwarenfabrik „Elbdom“ Meißen
- Die Firmen hatten ein besonderes Produktionsprofil, welches auch überregional von Bedeutung war. Bsp.: VEB Kunstblume Sebnitz, VEB Schreibgeräte Markant Singwitz, VEB Vereinigte Hausschuhwerke, Werk Großharthau

Die Bewertung der Unterlagen anhand der analogen Listen gestaltete sich sprichwörtlich wie das Fischen in trüben Gewässern. Die von der Treuhandanstalt entworfene Checkliste (Abb. 1), wonach die Liquidatoren die Unterlagen zu erfassen hatten, war sicherlich ein praktisches Instrumentarium, um mit der gewaltigen Menge an Schriftgut überhaupt umgehen zu können, kam aber über den Ansatz der Erfassung von Registraturdaten nicht hinaus. Das vorhandene Schriftgut wurde von



Abb. 1 (Foto Bernd Scheperski)

mehr oder weniger fachkundigen Mitarbeitern aus den Betrieben selbst oder von „Archivdienstleistern“ aufgearbeitet. Ein Qualitätsunterschied zwischen beiden war in der Regel nicht erkennbar. Die Checkliste gliedert sich in zehn Hauptgruppen (Leitung und Organisation, Personalunterlagen, Lohn und Gehalt, Wirtschaftsplanung und Bilanzen, Recht, Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz und Zusammenarbeit) mit entsprechenden Untergruppen.

Die Vorgaben und vor allem deren Umsetzung erschwerten die Bewertung erheblich. Meist waren nur allgemeine Titel wie „Schriftverkehr/Schriftwechsel“ o. ä. vergeben, oder unter einer Treuhandsignatur sowohl archivwürdige als auch nicht archivwürdige Betreffe zusammengefasst worden. Dazu kam, dass jeder Erfasser die Zuordnung der Unterlagen zu den entsprechenden Haupt- bzw. Untergruppen sehr individuell auslegte. Des Weiteren mussten bei der Bewertung im Verbund auch die Belange der Kommunalarchive Berücksichtigung finden. Eine Quantifizierung der angebotenen Unterlagen war ebenfalls nicht möglich. Deshalb wurde für die Umfangsangabe eine mathematische Formel entwickelt, mit deren Hilfe zumindest ein Annäherungswert errechnet werden konnte. Aus vorangegangenen Besuchen des Landesdepots Sachsen war bekannt, dass eine Treuhandsignatur einer Firmenüberlieferung einen ganzen Archivkarton, einen Ordner, eine Mappe oder nur wenige Blatt umfassen konnte. Als Mittelwert wurde pro Position (Treuhandsignatur) ein Umfang von 5 cm angenommen.

Das Hauptstaatsarchiv Dresden bewertete im genannten Zeitraum anhand der DISOS/Rhenus/BvS-Listen ca. 130.000 Positionen (Treuhandsignaturen), was einem errechneten Umfang von 6.500 lfm entspricht. Von den 391 angebotenen Firmenbeständen wurden 10.200 Positionen (Treuhandsignaturen) einschließlich der Personalakten nach dem Buch-

stabenmodell O/T/G/R von 142 Betrieben als archivwürdig eingestuft. Theoretisch war also von einer Übergabemenge von ca. 510 lfm auszugehen.

Die Unterlagen von drei Firmen mit einem Gesamtumfang von 5 lfm übergab die BvS bereits vor 2016. Die eigentlichen Übernahmen fanden vom April bis September 2017 statt. Allerdings konnten diese nicht abgeschlossen werden. Bei der BvS/Rhenus verblieben vorerst die Unterlagen von acht Firmen, weil die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind oder die BvS die Firmenbestände bislang nicht freigegeben hat. Darüber hinaus sind zwölf Firmenbestände an Kommunalarchive weitergegeben worden. Die Praxis hat gezeigt, dass der theoretische Wert von 5 cm pro Position (Treuhandsignaturen) als zu gering angesetzt war. Insgesamt wurden vom Hauptstaatsarchiv bislang 670 lfm übernommen.

Für die Bearbeitung (Revision und magazin-technische Arbeiten) waren ab April 2017 zwei Projektmitarbeiter im Hauptstaatsarchiv Dresden für ein bzw. zwei Jahre beschäftigt. Die insgesamt 21 Transporte mit jeweils ca. 30 lfm erfolgten regelmäßig einmal wöchentlich. Die Rhenus übermittelte für zwei Transporte im Voraus ein Übergabeprotokoll sowie die Übergabelisten in Form einer Excel-Tabelle je Firmenbestand. Durch diesen Vorlauf konnte das Hauptstaatsarchiv rechtzeitig auf irrtümlich zugewiesene Bestände bzw. andere Unregelmäßigkeiten reagieren.

Die Transportkartons waren mit der THA-Nr. (ID für jede Firma) und einer lfd. Kartonnummer beschriftet (Abb. 2), was eine Zuordnung der Transportkartons zu einer Firma problemlos ermöglichte und zudem die Kontrolle der Anzahl der auf dem Lieferschein aufgelisteten Kartons ebenfalls erleichterte. Die einzelnen „Akten“ waren in der Regel mit den in der Excel-Tabelle aufgelisteten Signaturen ver-



Abb. 2 (Fotos Bernd Scheperski)

sehen. Die Excel-Tabellen stellen aber nur die digitale Form der analogen Erfassungslisten auf der Basis der Checklisten ohne inhaltliche Verbesserungen dar.

Nach diesen ersten Arbeitsschritten erfolgte die eigentliche Revision der Übergabe. Die Unterlagen wurden dazu aus den Transportkartons entnommen (Abb. 3) und in Archivkartons verpackt. In den meisten Fällen ging dabei auch schon eine erste magazintechische Bearbeitung einher (z. B. Entnahme aus den Leitzordnern etc.). Die Lagerung der Archivkartons erfolgte in einem Magazin als Zwischenlösung (Abb. 4). Die Revision war in der Regel nach einer Arbeitswoche beendet. Die Übernahmebestätigungen wurden per Mail an die Rhenus übermittelt.



Abb. 3

Die Übergabelisten der Rhenus enthielten rund 8.100 Positionen archivwürdige Unterlagen sowie 2.100 Positionen, welche bei der Rhenus nicht aufgefunden, aber vom Hauptstaatsarchiv als archivwürdig bewertet wurden. Die übergebenen und die fehlenden archivwürdigen Unterlagen ergeben insgesamt 10.200 Positionen, was rechnerisch einem Umfang von ca. 510 lfm entsprach. Bei der Revision konnten aber auch wenige Fehlakten festgestellt werden. Diese nicht übergebenen Unterlagen wurden gegenüber der Rhenus benannt (Vermerk auf den Übergabeprotokollen). Ob diese sowie die als fehlend aufgelisteten Unterlagen von der BvS/Rhenus nachgeliefert werden, darf bezweifelt werden.

Für die Nachweisführung der Übernahmen wurde vorübergehend der Bestand 19999 Rhenus Archiv Service GmbH Großbeeren (und dazu auch die Tektonikgruppe 9.24 BvS-Bestände) angelegt. In diesen gingen alle Übernahmen unabhängig von der Provenienz ein. Nach der abschließenden Bearbeitung der Unterlagen (Bildung neuer Bestände bzw. Einarbeitung in überlieferte Bestände oder Kassation) reduziert sich der Umfang entsprechend. Nach Abschluss der Bearbeitung muss der Bestand einen Umfang von 0 lfm aufweisen. Die Tektonikgruppe sowie der Bestand 19999 werden dann wieder gelöscht. Die Staatsarchive in Chemnitz und Leipzig haben sich für einen etwas anderen Arbeitsablauf entschieden, wobei am Ende das gleiche Ergebnis steht – jede Firmenüberlieferung ist in der jeweiligen Tektonikgruppe ein eigener Bestand oder wurde einem bereits vorhandenen Bestand zugeordnet.



Abb. 4

Es ist nicht zuletzt dem engagierten Einsatz der Projektmitarbeiter und der guten Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitern



Abb. 5

der Rhenus zu danken, dass die Übernahme der BvS-Unterlagen – soweit sie denn übergeben wurden – im Wesentlichen problemlos abgeschlossen werden konnte. Nach Auslaufen der Verträge der Projektmitarbeiter zum 31. Dezember 2018 sind im Hauptstaatsarchiv 28 Firmenbestände abschließend bearbeitet (228 lfm). Durch eine Nachbewertung, welche der zuständige bestandsverantwortliche Archivar durchführte, die Herauslösung von redundanten Unterlagen und eine optimierte Verpackung reduzierte sich der Umfang nach der Bearbeitung auf 136,26 lfm (Abb. 5). Die Excel-Tabellen wurden so ertüchtigt (i. d. R. Korrektur falscher Titel und Datierungen), dass ein Import in das Archivprogramm AUGIAS gegeben ist. Die restlichen, noch nicht endgültig bearbeiteten 442 lfm Unterlagen sind anhand der DISOS/Rhenus/BvS-Listen eingeschränkt benutzbar. Ziel muss es aber sein, auch diese Unterlagen so aufzuarbeiten, dass sie den fachlichen Anforderungen entsprechen.

Anhand der DISOS/Rhenus/BvS-Listen können in Bezug auf die Treuhandanstalt bzw. den Privatisierungsprozesses folgende Überlieferungsschwerpunkte genannt werden: Schriftverkehr mit der Treuhandanstalt. – Sanierungskonzepte. – Sozialpläne. – Aufsichtsrats- und Vorstandsprotokolle. – Umstrukturierungs- und Privatisierungskonzeption. – Beratungen mit dem Wirtschaftsausschuss.

– Arbeits-Beschaffungs-Maßnahmen (ABM).
 – Liquidationsberichte. – Arbeitgeberverband.
 – Betriebsrat. – Wirtschaftskontrolle. – Unternehmenskonzepte. – Unternehmensberatung.
 – Marketingkonzept. – Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften. – Schiedsverfahren, Arbeitsgerichtsverfahren zu Kündigungen und Abfindungen. – Liquidator-Berichterstattung.
 – Personal- und Strukturplan. – (Wert-)Gutachten. – Ausgliederungen. – Verkäufe.

In fünf Firmenüberlieferungen waren Unterlagen aus der Zeit vor 1945 enthalten, die mit Ausnahme der Fa. Radio H. Mende & Co. (Bestandsergänzung) einen eigenen Bestand bilden. Dabei handelt es sich um folgende Firmen: MIAG Mühlenbau und Industrie AG, Werke Schmiedeberg und Zschachwitz, Radio H. Mende & Co., Dresden, Heidenauer Papierfabrik AG, Vereinigte Jutespinnereien und Webereien AG, Werk Ostritz, Braunschweigische AG für Jute- und Flachs-Industrie, Fabrik Meißen. Darüber hinaus enthalten die Überlieferungen in 14 Fällen auch Unterlagen zur Beschäftigung von Fremd- und Zwangsarbeitern aus der Zeit von 1939 bis 1945.

Die Überlieferungsschwerpunkte korrespondieren nicht zuletzt mit einer Unterlagengruppe im Bestand 11822 Staatsbank der DDR, Bezirksdirektion Dresden. Die rund 800 Akten sind bei der Staatsbank bzw. Deutschen Kredit-

bank im Zuge des Entschuldungsverfahrens der Betriebe angelegt worden und beinhalten nicht selten den Schriftwechsel mit der Treuhandanstalt sowie Sanierungskonzepte.

Die Überlieferung der liquidierten Betriebe nach 1990 erweckt den Eindruck, als sei die Treuhandanstalt tatsächlich um eine Sanierung bemüht gewesen und habe diese Betriebe ernsthaft in die Marktwirtschaft überführen wollen. Dies steht im Gegensatz zu den Aussagen des ehemaligen Treuhand-Referenten Dietrich Pfeiffer, der in einem Interview in den Dresdner Neuesten Nachrichten vom 27. November 2018 die Arbeitsweise der Treuhandanstalt bemängelte: „Was mich besonders gestört hat, war die schnelle Abwicklung der Betriebe [...] und es ging nur noch darum, die Betriebe aus der Statistik verschwinden zu lassen.“ Die Forschung steht damit vor großen Herausforderungen, die der Journalist Dirk Laabs in seinem Buch „Der deutsche Goldrausch“ bereits 2012 formulierte: „Die Treuhand und die Bundesregierung haben der Öffentlichkeit versichert, dass im Großen und Ganzen alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Es ist Zeit, dies mit Fakten zu belegen.“

Bernd Scheperski
 (Sächsisches Staatsarchiv,
 Hauptstaatsarchiv Dresden)

Die Dokumentation des Untergangs – Unterlagen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben im Staatsarchiv Chemnitz

Dieser Beitrag knüpft an den Artikel von Bernd Scheperski zur Übernahme der BvS-Unterlagen in diesem Heft an. Er greift die Besonderheiten und abweichenden Aspekte im Zuständigkeitsbereich des Staatsarchivs Chemnitz auf. Insbesondere die Vorgeschichte der Übernahme und deren Rahmenbedingungen gleichen sich aber, weshalb dazu auf den eingangs genannten Beitrag verwiesen wird.

Der südwestsächsische Raum, der für die DDR-Zeit durch den Bezirk Karl-Marx-Stadt abgegrenzt ist, kann als struktur- und bevölkerungsstärkste Region Sachsens und ebenso der ehemaligen DDR gelten. Zurückzuführen ist dies auf die umfassende und weitreichende Industrialisierung der Region, die das 19. und 20. Jahrhundert prägte. Dementsprechend groß ist die archivalische Unternehmens- und Betriebsüberlieferung. Das Staatsarchiv Chemnitz verwahrt derzeit ca. 10.400 lfm Wirtschaftsgut und hat durch die Übernahme der BvS-Unterlagen einen deutlichen Zuwachs an Umfang und Qualität gewonnen.

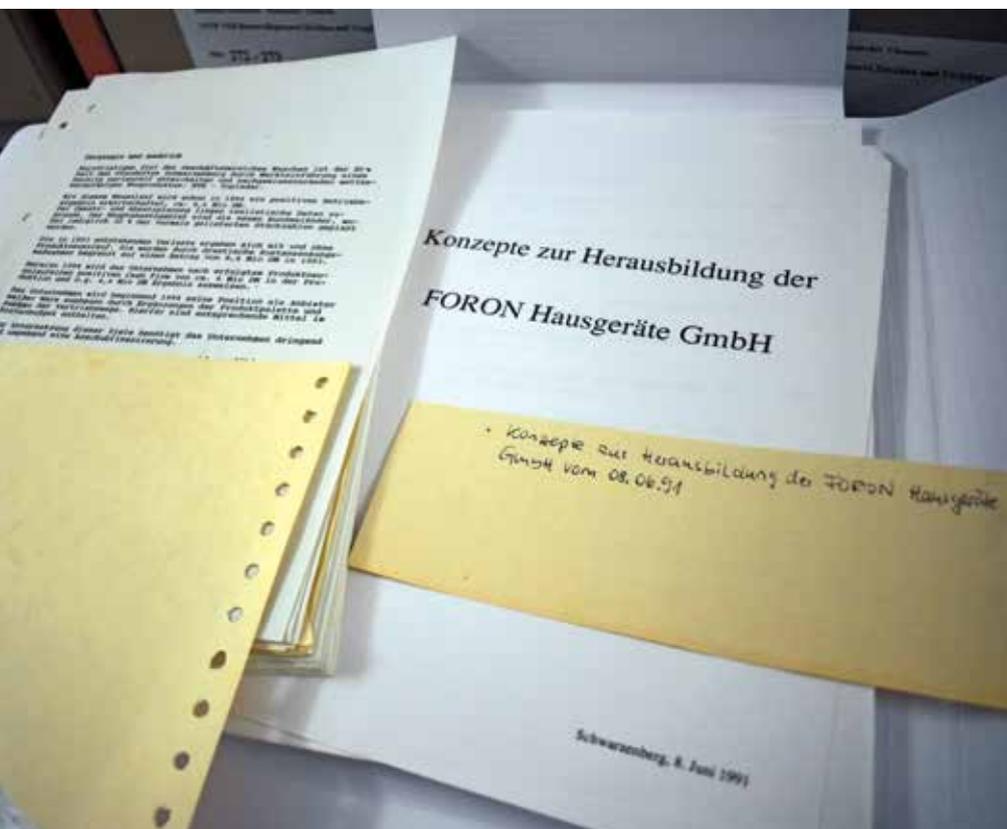
Das Archiv hat in Zusammenarbeit mit den Kommunalarchiven die Überlieferung von mehr als 425 Firmen anhand von Listen der bei der Rhenus Archiv Service GmbH Großbeeren eingelagerten BvS-Unterlagen bewertet. Von 237 Firmen waren archivwürdige Unterlagen zu übernehmen. Das sind 55,7% der angebotenen Firmenbestände. Insgesamt wurden 126.374 Positionen (Akten, Archivkartons, Ordner, Hefter, Bündel etc.) angeboten. Davon sind 21.782 Positionen als archivwürdig bewertet worden, d. h. 17,2% der gesamten Anbietung. Zwischen April 2017 und Ende Mai 2018 übergab die Rhenus von ca. 1.600 lfm als Archivgut bewerteten Unterlagen ca. 1.200 lfm. Weitere Nachlieferungen von Unterlagen aus drei Unternehmen, deren Aufbewahrungsfristen noch nicht abgelaufen sind, folgen in den nächsten zehn Jahren. Zehn Firmenbestände konnten weitestgehend an die regional zuständigen Kommunalarchive übergeben werden. Die Übergabe von fünf Beständen an ein Kommunalarchiv steht noch aus.

Die Bearbeitung fand unter der fachlichen Anleitung des Archivpersonals zwischen April 2017 und Dezember 2018 durch drei (2017) bzw. vier (2018) Projektmitarbeiter statt. Wöchentlich wurden in 47 Transportchargen ca. 30 lfm Archivgut angeliefert und revidiert. Abschließende Bestätigungen über ordnungsgemäße Übergaben konnten für 232 von 237 Unternehmensbeständen ausgestellt werden. Darunter fallen auch Bestände, bei denen die Rhenus bereits bei der Anlieferung das fehlende Archivgut angezeigt hatte.

Der Umfang des nicht übergebenen Archivgutes beläuft sich auf insgesamt 28% der archivwürdigen Unterlagen. Die Spanne des Verlustes schwankt innerhalb der Unternehmensüberlieferung zwischen 0% bis 93%. Bei 42 Beständen sind Fehlpositionen von mehr als 50% zu verzeichnen. Nur bei 15 Beständen wurde das Archivgut vollständig abgegeben, lediglich in 13 von 232 Fällen fehlende Unterlagen – oftmals nur zum Teil – nachgeliefert. Bislang fehlen die Unterlagen solcher bedeutender Betriebe wie des Forschungsinstituts für Textiltechnologie Karl-Marx-Stadt, des Volkseigenen Außenhandelsbetriebs Demusa Klingenthal, des VEB Barkas-Werke Karl-Marx-Stadt oder des VEB Kombinat Erzgebirgische Volkskunst Olbernhau.

Ca. 350 lfm der übergebenen Unterlagen konnten nachträglich als nicht archivwürdig bewertet und vernichtet werden, wobei es sich dabei vor allem um größere Serien von Lohn- und Gehaltsunterlagen handelte. Unterlagen von Fremd- und Zwangsarbeitern wurden dagegen immer übernommen. Der Gesamtumfang des von der Rhenus an das Staatsarchiv Chemnitz übergebenen und nachbewerteten Archivgutes beläuft sich bislang auf 836,8 lfm.

Im Vorfeld der Übergaben wurde anhand der im Staatsarchiv Chemnitz vorhandenen Übersichtslisten zu den bewerteten Betriebsbeständen geprüft, ob Archivgut zu bereits vorhandenen Beständen zur Übernahme anstand. In diesen Fällen wurde das Archivgut den Beständen schon vorab zugeordnet und den Unterlagen wurden bereits Signaturen zugewiesen. Darüber hinaus wurden 70 neue Bestände vorausschauend gebildet. Lediglich in einem Fall musste für eine zuvor nicht iden-



Privatisierungskonzept unter dem Firmennamen Foron, 1991 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 30996 VEB Waschgerätewerk Schwarzenberg und Vorgänger, Nr. 3522)

tifizierbare Überlieferung im Zuge der Revision ein Bestand nachträglich gebildet werden.

Mit der Revision war erforderlichenfalls auch eine Ergänzung fehlender und die Verbesserung fehlerhafter Verzeichnungsangaben verbunden, die von der verantwortlichen Archivarin betreut wurde. Gleichzeitig wurden bei Bedarf aus falsch formierten Lagerungsbündeln sachgerechte Akteneinheiten gebildet. Zeitnah konnten anschließend alle Verzeichnungsinformationen in das Archivgutprogramm AUGIAS-Archiv importiert und um weitere Bestandsinformationen angereichert werden. Nach Abschluss der Revisionen erfassten die Zusatzkräfte in 119 Beständen die ansonsten nicht zu ermittelnden Personalakten namentlich. Mit Ausnahme von sieben Beständen ist für alle von der BvS übernommenen Archivalieneinheiten eine hinreichende Verzeichnung und ein gezielter Zugriff sichergestellt.

Nach der Revision, mit der die sachgerechte Verpackung einherging, konnte das Archivgut an den endgültigen Magazinstandort eingelagert werden.

Nach Abschluss der Revisionen begann die technische Bearbeitung des Archivgutes. Dabei wurden verblasste Thermo- und Zinkoxidkopien durch Reproduktionen ersetzt sowie Metallteile und andere schädigende Materialien entfernt. Ca. 300 lfm stehen noch zur Bearbeitung aus. Diese soll durch die Werkstatt für behinderte Menschen, die im Staatsarchiv Chemnitz tätig ist, in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Einsatzliste für französische Kriegsgefangene (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 33411 VEB Druckwerke Reichenbach, Nr. 73)

Die von der BvS an das Staatsarchiv Chemnitz übergebene Überlieferung spiegelt die wirtschaftliche Struktur der südwestsächsischen Region wider. Schwerpunkte bilden Bestände der Branchen Maschinenbau, Fahrzeugbau und Textilindustrie. Das Archivgut datiert mehrheitlich in die 1980er und frühen 1990er Jahre und ist damit u.a. eine wertvolle Quelle, die die Wirtschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre und die Privatisierung bzw. Liquidierung der betreffenden Betriebe ab 1990 nachzeichnet.

Aus anderer Perspektive wird die zweite Hälfte der 1980er Jahre durch die im Staatsarchiv Chemnitz befindliche Unterlagengruppe des Bestandes 31570 Staatsbank der DDR, Bezirksdirektion Karl-Marx-Stadt/Bezirkszentralbank Chemnitz und der Kreisfilialbestände beleuchtet.

Für die Forschung sicher überraschend ist, dass nicht nur Archivgut der volkseigenen Betriebe von der BvS verwahrt wurde, sondern sich darunter auch zahlreiche Unterlagen der Vorgängerbetriebe aus der Zeit vor 1945 befanden. Im Staatsarchiv Chemnitz z. B. umfasst diese Überlieferung mehr als 2.700 Akten, die sich auf über 100 Bestände verteilen. Darunter fallen u.a. Vorgängerbetriebe des VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau und des VEB Waschgerätekwerk Schwarzenberg. 22 Bestände enthalten auch Quellen zur Fremd- und Zwangsarbeit zwischen 1939 und 1945.

Es ist zu wünschen, dass diese reichhaltige Überlieferung durch die Forschung rege genutzt wird. Die Geschichte der südwestsächsischen Wirtschaft zeigt noch viele weiße Flecken. Insbesondere der Privatisierungsprozess nach 1990 bedarf angesichts aktueller Diskussionen der sachlichen und unparteiischen Aufarbeitung.

Personalkarte für Zwangsarbeiter aus Osteuropa (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 31069 VEB IFA Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“ Werdau, Nr. 1725)

Tobias Crabus/Raymond Plache
(Sächsisches Staatsarchiv,
Staatsarchiv Chemnitz)

Ein Jahr nach der wiederholten Veröffentlichung der Druckschrift von Johann Christoph Sturm folgte die Kalenderreform mit der Anpassung zum gregorianischen Stil in den protestantischen Gebieten. Dieser Schritt erscheint besonders im kurfürstlichen Sachsen nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass allein innerhalb von Augusts Herrschaftsgebiet von seiner Krönung zum polnischen König 1697 bis zur Reform 1700 beide Kalender parallel gegolten haben. Die Kalenderreform beseitigte somit verschiedene Probleme für die zukünftige Kommunikation. Doch wie geht man mit Datierungen um, die in einer „veralteten“ Zeit liegen?

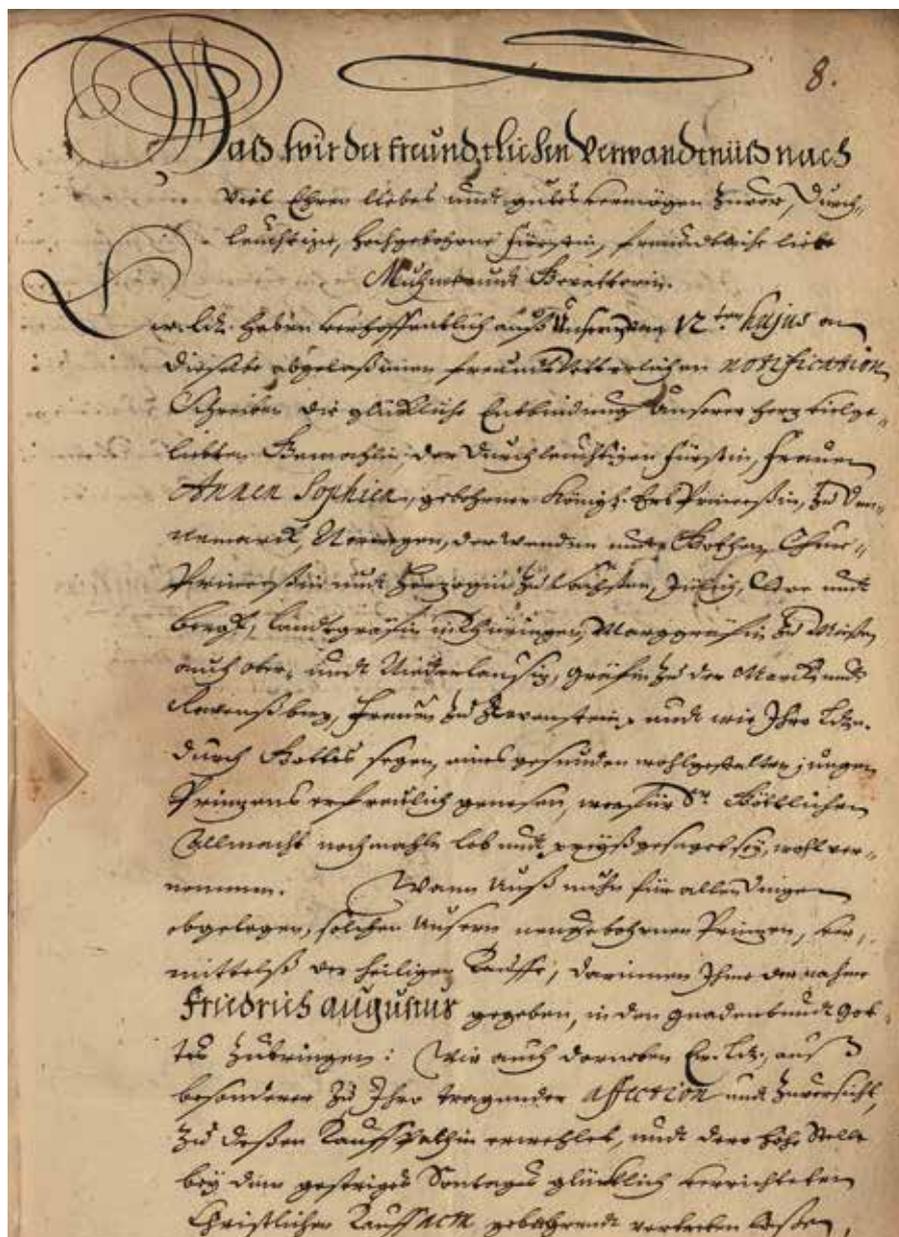
Darüber gibt das Beispiel der Geburt Augusts Aufschluss. In einer Akte (Loc. 08216/01, Bl. 6r–9v; 20r–23v) aus dem Bestand 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), der zur Zeit

digitalisiert und in naher Zukunft online verfügbar sein wird, existieren vier Briefe, die von der Geburt und der Taufe Augusts berichten. Johann Georg (III.), Herzog und Kurprinz von Sachsen, schrieb 1670 anlässlich der Geburt seines Sohnes an seinen Vetter, Moritz von Sachsen-Zeitz, und an dessen Frau, Dorothea Marie von Sachsen-Weimar. Die Briefe wurden in der Kanzlei für mehrere Adressaten säuberlich vorgeschrieben, sodass Johann Georg die Dokumente nur noch signieren musste. Er verkündete darin, dass er „[...] mit einem wohlgestalteten jungen Prinzen mildväterlich gesegnet“ sei. Dieser habe das Licht der Welt „[...] heute vor Mittag ein Viertel uff 9 Uhr“ erblickt – am 12. Mai 1670. Uns blieben mit beiden Briefen die ältesten Nachweise über die Geburt des späteren sächsischen Kurfürsten und König Polens erhalten. Drei Tage nach der Geburt, am 15. Mai 1670, fand die Taufe statt und

der Neugeborene erhielt den Namen Friedrich Augustus. Da sich die Taufpaten Moritz und Dorothea Marie bei der Taufe vertreten ließen – durchaus keine Seltenheit an frühneuzeitlichen Höfen – wurde ihnen je ein Brief mit der Taufbenachrichtigung zugesandt. Nach dem Aussterben der Nebenlinie Sachsen-Zeitz in der dritten Generation fanden die Briefe ihren Weg zurück nach Dresden, wo sie in den Magazinen des Hauptstaatsarchivs für die Nachwelt verwahrt werden.

Zur Geburt Augusts gibt es auch eine Parallelüberlieferung: „Der Churfl.-Sächs. weit berufenen Residentz und Haupt-Vestung Dresdens Beschreib- und Vorstellung“ von Anton Weck aus dem Jahr 1679/80. Ein Blick in sein Werk verrät, dass das Herzogpaar aus Sachsen-Zeitz neben 16 weiteren Personen, von denen wohl die wenigsten tatsächlich dabei gewesen sein dürften, Taufpaten waren. Sicherlich rechnete der spätere Kurfürst Johann Georg III. auch nicht mit der persönlichen Anwesenheit aller Adressaten. Zwischen Geburt und Taufe lagen lediglich drei Tage, in welchen zunächst der Brief mit der Verkündung der Geburt sein Ziel erreichen und das Herzogpaar von Zeitz hätte nach Dresden reisen müssen. Angesichts der ca. 115 km langen Strecke war ein persönliches Erscheinen kaum denkbar.

Doch gerade deshalb sind die Briefe überhaupt erst entstanden und geben Aufschluss über den Umgang mit dem Geburtsdatum Augusts: Es wurde kein Doppeldatum notiert, sondern bewusst nur ein Datum. Sowohl das Sekundogeniturfürstentum Sachsen-Zeitz als auch Kursachsen waren 1670 protestantisch und führten daher beide noch den julianischen Kalender, also den Kalender alten Stils. Somit ist auch das Geburtsdatum Augusts ein Datum nach altem Stil. Aus Perspektive des heute gültigen gregorianischen Kalenders wäre der Geburtstag jedoch der 22. Mai 1670 gewesen. Allerdings wird das Datum heute wie auch damals nicht anders rezipiert: Es ist und bleibt der 12. Mai 1670. Scheinbar spielte es für die Zeit nach der Kalenderreform 1700 keine Rolle, welcher Kalender zur Geburt Augusts galt. Anders war es 200 Jahre später bei Lenin, dessen Geburtsdatum heute zumeist als Doppeldatum angegeben wird. Letztlich zeigen die genannten Beispiele im Kontext des Kalendersystems auf, wie wichtig es ist, authentische Schriftzeugnisse in Archiven zu verwahren und für die Gegenwart und die Zukunft auch im digitalen Bereich weiter nutzbar zu machen.



Taufbenachrichtigung an Dorothea Marie von Sachsen-Weimar mit der Erstnennung Augusts, 1670 (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10024 Geheimer Rat (Geheimes Archiv), Loc. 08216/01, Bl. 8r)

Robert Harlaß
 (Sächsisches Staatsarchiv,
 Hauptstaatsarchiv Dresden)

Konservatorische Begleitung von Digitalisierungsprojekten – Ein Erfahrungsbericht

Die Digitalisierung hat heute in fast allen Lebensbereichen Einzug gehalten. Diese Entwicklung ist auch an den öffentlichen Verwaltungen nicht vorübergegangen: die elektronische Vorgangsbearbeitung ist in weiten Bereichen eingeführt. Die Herausforderungen, die sich daraus für die Archive, für deren Überlieferungs- und Erhaltungsauftrag ergeben, sind mittlerweile vielfach thematisiert und dargestellt worden. Die Digitalisierung hat allerdings nicht nur für die heute erst entstehende Überlieferung tiefgreifende Konsequenzen. Sie erweitert auch die Nutzungsmöglichkeiten des traditionellen, meist papiergebundenen Schriftguts. Nachdem dessen Findmittel durch die sogenannte Retrokonversion mittlerweile zu weiten Teilen online verfügbar sind, soll die Digitalisierung nun auch einen virtuellen Zugriff auf das Archivgut selber schaffen. Seit einigen Jahren stehen dem Sächsischen Staatsarchiv im Rahmen der Digitalisierungsstrategie „Sachsen Digital“ hierfür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Die Bandbreite der Vorhaben reicht dabei von der Digitalisierung von Akten und Amtsbüchern – oder von deren Mikrofilmen –, Karten und Plänen, Fotografien bis hin zu kinematografischen, videografischen und Audio-Materialien. Die teils umfangreichen begleitenden Arbeiten von der Auswahl und Bereitstellung der Archivalien bis hin zur Online-Stellung und Sicherung der neu generierten Daten stellen abteilungs- und funktionsübergreifend einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt dar. Nun werden mit Hilfe der Digitalisierung auch Kosten- bzw. Aufwandseinsparungen erwartet: durch die Verlagerung der Direktbenutzung der Originale im Lesesaal auf die Nutzung von Digitalisaten am heimischen Computer. Aushebe- und Reponierarbeiten entfallen und originalerhaltende, konservatorisch-restauratorische Maßnahmen verlieren scheinbar an Bedeutung.

Diese Annahmen sind in Teilen berechtigt, sollten jedoch nicht als Gesamteinschätzung fehlinterpretiert werden. Schäden, die die Benutzung einschränken, erschweren im Regelfall auch eine Konversion. Selbst eine hochwertige Reproduktion kann das Original nicht in allen Aspekten ersetzen. Es bleiben Fragestellungen, die nur im Zugriff auf die Originale beantwortet werden können. Ein genereller Verzicht auf die Bereitstellung des historischen Quellenmaterials und damit auf konservatorisch-restauratorische Maßnahmen ist folglich nicht

ratsam. Auch ist der Vorgang der Reproduktion – entgegen häufig geäußelter Voreinschätzungen – im Vergleich zu Direktbenutzungen oftmals mit erheblichen Mehrbelastungen für das Archivgut verbunden, woraus sich auch ein erhöhter Stabilisierungsbedarf ergeben kann. Ein bewusster Umgang mit den Chancen, aber auch mit den Grenzen der Digitalisierung ist Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln im Sinne der archivischen Zielstellungen Bereitstellung und Erhaltung. Die Begleitung von Konversionsmaßnahmen hat sich damit zu einem wesentlichen Tätigkeitsfeld auch von Restauratoren und Restauratorinnen entwickelt. Restauratorische Maßnahmen im Vorfeld der Reproduktion können die eigentliche Digitalisierung erheblich vereinfachen und das Digitalisierungsergebnis verbessern helfen. Damit wird im besten Fall – Maßnahmen übergreifend – Aufwand reduziert und zusätzlich noch ein Mehrwert geschaffen: die

Verbesserung der Zugänglichkeit und der Erhaltungsperspektive der Originale. Die digitale Kopie kann eine Tür in die Archive öffnen und eine Brücke schlagen zwischen den Archivnutzern und dem originalen Quellenmaterial. Sie sollte nicht dazu verleiten, die Vielschichtigkeit historischer Forschungsarbeit ausschließlich auf den Umgang mit dem Abbild zu reduzieren.

Grundlagen der Konversion von Archivgut Die Aufnahmetechnik

Die Reproduktionstechnik geht in der Regel davon aus, dass Schriftgut zweidimensional beschaffen ist. Die Planlage der abzubildenden Dokumente im Arbeitsprozess ist damit Grundvoraussetzung für eine hochwertige Bildwiedergabe, frei von Unschärfen, Verzerrungen oder auch Wiedergabeverlusten durch Schattenwurf.



Beispiel für Einsatz von Magneten (Digitalisat der Firma CDS Gromke e. K. von SächsSta, 2020 Messeamt Leipzig (I), Nr. F 00007: Neues Rathaus Leipzig (Fotograf Hermann Walter), 1921; alle übrigen Fotos Barbara Kunze)

Tatsächlich hat Archivgut jedoch oftmals einen dreidimensionalen Charakter. Dies gilt in besonderer Weise für gebundene Unterlagen. Doch auch Einzeldokumente widersetzen sich – beispielsweise nach Faltung oder Klebstoffeinwirkung – der gewünschten Planlage. Die üblichen Gebrauchsspuren, wie das Stauchen und Einreißen von Blattkanten oder noch gravierendere Schäden, erschweren zusätzlich eine verlustfreie Bildwiedergabe.

Daher wird bei der Reproduktion mit Vorrichtungen gearbeitet, die das Planlegen für den Moment der Aufnahme gewährleisten sollen. Gängige Praxis ist das Heranführen der Dokumente an eine Glasscheibe. Für gebundene Vorlagen wird der Arbeitstisch unter der Glasplatte häufig durch die sogenannte Buchwippe ersetzt: zwei getrennte Auflageplatten zur höhenvariablen Unterstützung der beiden Bandhälften im Verlauf des Digitalisierungsprozesses. Dies setzt allerdings voraus, dass die jeweiligen Bindungen einen Öffnungswinkel von 180° gewährleisten und dass auch die sonstige Beschaffenheit der Vorlagen den flächigen Andruck gegen die Glasscheibe zulässt. Nicht immer ist dies allerdings gegeben, so dass mit diesem Verfahren für das betroffene Schriftgut erhebliche Belastungen und damit ein hohes Schadensrisiko verbunden sind.

Folgerichtig wurden innerhalb der letzten Jahrzehnte alternative Aufnahmesysteme, die sogenannten V-Scanner, entwickelt und eingeführt. Diese berücksichtigen konservatorische Anforderungen, wie

- die Reduktion des erforderlichen Öffnungswinkels,
- die belastungsarme Position und Halterung der Vorlage auf dem Aufnahmetisch,
- die Vermeidung unnötiger Bewegungen bzw. Manipulationen am Objekt,
- die Regulierbarkeit oder den Verzicht auf einen flächigen Andruck und damit
- eine weitgehend berührungsfreie Aufnahmetechnik.

Wie im Fall des Wolfenbütteler Buchspiegels und des Grazer Kameratichs erfolgte deren Entwicklung und Konstruktion ganz wesentlich durch die Initiative und das Engagement von Restauratoren. Heute begründet sich ihr Einsatz oftmals auch durch die Verbesserung der zu erzielenden Wiedergabequalität. Selbst teil- oder vollautomatische Scanautomaten sind nun auf dem Markt erhältlich, die die Besonderheiten (gleichförmiger) gebundener Vorlagen berücksichtigen. Die digitalen Aufnahmeverfahren bieten damit alternative technische Lösungen, um der unterschiedlichen Beschaffenheit von Archivalien besser Rechnung tragen zu können.

Darüber hinaus sind für einen schonenden Umgang mit den Archivalien vielfach auch kleine Hilfsmittel wie Magnete zum partiellen Niederhalten entscheidend oder auch schlicht die Verfügbarkeit von ausreichender Zeit für ein kontrolliertes und sicheres Vorgehen.

Die Beschaffenheit von Archivgut und seine Reproduzierbarkeit

Die Beschaffenheit von Archivgut mit all seinen Archivaliengattungen ist so vielfältig, dass eine umfassende Darstellung hier nicht möglich ist. Stellvertretend soll daher an dieser Stelle nur das Aktenschriftgut hervorgehoben werden, macht es doch den vielleicht umfangreichsten Teil der archivischen Überlieferung aus. Es entsteht durch die nachträgliche Zusammenführung von teils sehr unterschiedlich beschaffenen Einzelschriftstücken. Die angedachte Nutzung von Aktenschriftgut bleibt im Wesentlichen auf einen vergleichsweise kurzen Zeitabschnitt und auf wenige Personen begrenzt. Einen gestalterischen Anspruch gibt es in der Regel nicht. Die damit verbundene Unmittelbarkeit der Aufzeichnungen macht den Reiz von Archivgut aus. Es resultiert daraus allerdings auch ein bescheidenes – in den Augen vieler vergleichsweise unattraktives – Äußeres und eine hohe materielle Anfälligkeit. Auch deswegen gehören vielfältige Vorschädigungen zum typischen Erscheinungsbild von Archivgut. Die Kombination von materieller Anfälligkeit und verschiedenartigen Vorschädigungen schränken seine Reproduzierbarkeit in einer Weise ein, die oftmals nicht oder erst beim zweiten Blick wahrgenommen wird. Der Aspekt der Aktenbindungen nimmt dabei einen besonderen Stellenwert ein und soll daher im Folgenden näher beschrieben werden.

Aktenheftungen

Bevor Aktenordner und Schnellhefter die einfache und flexible Zusammenführung von Einzeldokumenten erlaubten, erfolgte vielerorts die Aktenformierung durch die sogenannte preußische Aktenheftung. Entstehungszusammenhänge und die Vollständigkeit der Aktenführung werden auf diese Weise abgebildet und gesichert. Die uneingeschränkte Lesbarkeit der Dokumente wurde diesem Ziel untergeordnet. So wurde akzeptiert, dass Textbereiche umbrochen wurden und dadurch im Falz verdeckt sind.

Rückseiteninformationen von Kleindokumenten verschwinden teilweise oder vollständig durch das Aufkleben auf größere Trägerpapiere. Auch auf dem Trägerpapier werden ggf.



Blick in den Falzbereich einer Akte, hier: umbrochener Textbereich.



weitere Textinformationen verdeckt. Briefbögen werden so ineinandergelegt, dass die jeweiligen Umschlagblätter mit Absender- und Adressaufschriften nur noch mühsam dem jeweiligen Schriftstück zugeordnet werden können. Block- bzw. Querheftungen erschweren das beidseitige Planlegen der Blätter ohne Verwölbung der inneren Falzbereiche und ohne scharfkantiges Knicken.



Beurteilung der jeweiligen Archivalienbeschaffenheit im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten einer Digitalisierung: Über die Art der Bindung hinaus spielen die Formate der Vorlagen und hier auch die jeweilige Bandstärke eine wesentliche Rolle für die Zuordnung geeigneter Aufnahmevorrichtungen. Auch eine Bestimmung und nähere Beschreibung der jeweils vorliegenden Papier- und Schreibstoffqualitäten sowie der Einbandmaterialien kann für die Anforderungen an die reprografischen Verfahren entscheidend sein. Belastungsgrenzen sind festzulegen und daraus Handlungsoptionen abzuleiten. Die Dokumentation von Zustandsmerkmalen dient der Beurteilung etwaiger Einschränkungen für das Digitalisierungsvorhaben und eines Behandlungsbedarfs. Sie schafft darüber hinaus die Grundlage für so genannte Nachzustandskontrollen, die als Teil der Leistungskontrollen nach Abschluss der Digitalisierung durchgeführt werden. Auf diese Weise wird nicht nur die Einhaltung der Forderung nach archivalisch schonenden Aufnahmeverfahren überprüft, sondern auch die diesbezügliche Eignung der jeweils gewählten technischen Umsetzungsparameter. Diese Prüfvorgänge weisen auf Optimierungsmöglichkeiten für Folgemaßnahmen und dienen damit der Sensibilisierung und Weiterentwicklung sowohl auf Seiten der Dienstleister als auch auf Seiten des Auftraggebers.

Ein konservatorisch-restauratorischer Behandlungsbedarf ergibt sich vorrangig dann, wenn das Archivgut (lose) Schmutzaufgaben aufweist. Eine vorausgehende Abreinigung wird in der Regel aus Gründen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu gewährleisten sein und kann auch die Lesbarkeit verbessern. Bei mechanischen Schäden sind – neben den Folgerisiken – die damit verbundenen Beeinträchtigungen für einen reibungslosen Digitalisierungsprozess und für die zu erzielende Wiedergabequalität zu beurteilen. Auch bei allen sonstigen Schäden erfolgt die Festlegung von Art und Umfang restauratorischer Vorbereitungsmaßnahmen auf der Basis einer Aufwand-Nutzen-Abwägung.

Die konservatorisch-restauratorische Begleitung kann durch eine angemessene Vorbereitung der Archivalien und durch die Mithilfe bei der Weiterentwicklung der Aufnahmetechnik die Reproduzierbarkeit verbessern, den Durchlauf der Digitalisierung beschleunigen und dabei gleichzeitig das Schadensrisiko für die Originale mindern.

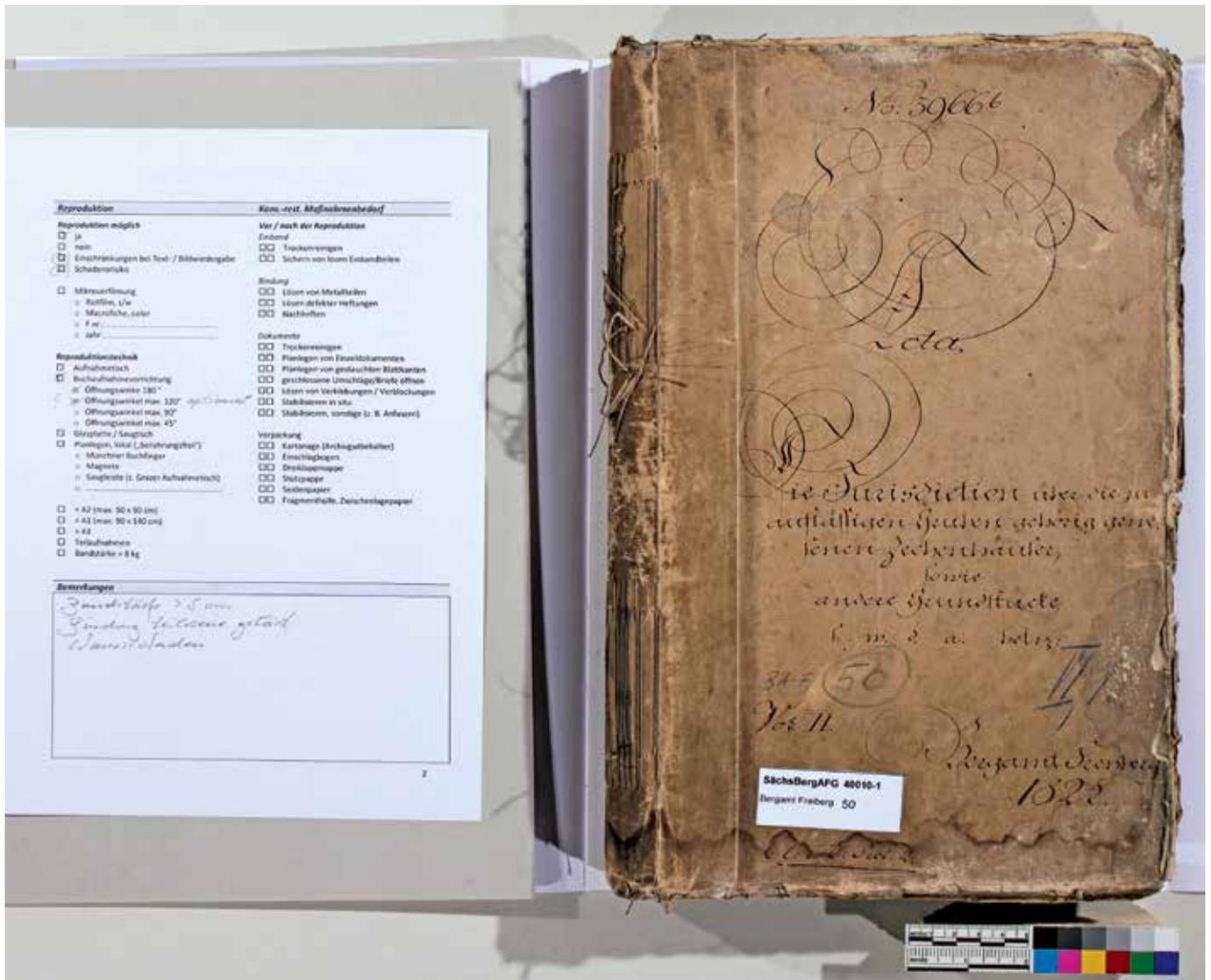
Während all diese Merkmale bei der Direktbenutzung in der Regel toleriert werden, führen sie im Rahmen von Konversionsmaßnahmen zu Wiedergabeverlust, die das Digitalisierungsergebnis in Frage stellen. In dem Bestreben, ein Maximum an Abbildbarkeit zu ermöglichen, werden Schäden provoziert, die von einer Lockerung des Lagenverbundes bis hin zum Ausbrechen der Einzeldokumente aus dem Aktenband, vom Abplatzen von Titelschildern und Rückenvergoldungen bis hin zum Brechen von Einbandgelenken reichen können. Dabei ist zu berücksichtigen, dass gealterte Materialien oftmals an Flexibilität verlieren und deren Belastbarkeit gegenüber dem Ursprungszustand deutlich gemindert sein kann.

Wird alternativ das Lösen der Bindungen erwogen, so ist darauf hinzuweisen, dass mit diesem Eingriff in den authentischen Über-

lieferungszustand selbstverständlich auch der Verzicht auf die wertvolle Funktionalität der Bindung verbunden ist: die Sicherung der inneren Ordnung, die mechanische Stabilisierung der Einzeldokumente im Blattverbund und nicht zuletzt auch die Vereinfachung der Handhabung bei der Direktbenutzung und beim Digitalisieren. Es entsteht ein nicht zu unterschätzender Folgeaufwand, nicht nur beim Zerlegen der Akte, sondern auch bei dem sich anschließenden Umgang mit dem vereinzelt Dokumentenkonvolut.

Konservatorisch-restauratorische Begleitung von Konversionsmaßnahmen

Eine wesentliche Aufgabe der konservatorisch-restauratorischen Vor- und Nachbereitung von Konversionsmaßnahmen besteht in der



Letztlich bestimmt die Verfügbarkeit personeller, finanzieller und zeitlicher Ressourcen, ob ein vorbereitender Maßnahmenbedarf auch umsetzbar ist. Auch angesichts des nicht geringen Handlungsdruckes zur Bereitstellung von Digitalisaten wird daher angestrebt, die Digitalisierung zumindest vorerst auf solche Bestände zu konzentrieren, die mit vergleichsweise geringen Zusatzaufwendungen bearbeitet werden können. Doch auch eine bewusste Beschränkung des zu erzielenden Mengendurchsatzes zugunsten effizienter und nachhaltig wirksamer, dabei jedoch vergleichsweise kleinerer Einzelmaßnahmen bietet überzeugende Lösungsansätze. Dies gilt insbesondere für solche Archivaliengruppen, für die der Bedarf zur Bereitstellung von Digitalisaten als besonders dringlich einzustufen ist. Hier kann aus der Praxis des Sächsischen Staatsarchivs derzeit beispielsweise die Digitalisierung von Glasplattennegativen aus Beständen des Staatsarchivs Chemnitz angeführt werden, für die allerdings vorbereitend eine Reinigung und Verpackung vollzogen werden muss.

Fazit

Insbesondere im Hinblick auf mengenorientierte Konversionsmaßnahmen spielen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen eine entscheidende Rolle. Hier ist der ganzheitliche Blick geboten und damit die Offenlegung sämtlicher Kosten und Aufwendungen einschließlich derer, die jenseits der eigentlichen Digitalisierung aufzubringen sind und derer, die erst in der Zukunft fällig werden. Das Gelingen von Digitalisierungsprojekten hängt damit ganz wesentlich von der ausreichenden Einbindung sämtlicher betroffener Funktionsbereiche ab: vom Magazin- und Benutzerdienst, Restaurierung und Reprografie, Erschließung, dem

Nachweis der Digitalisate in den Findmitteln, bis hin zur Datensicherung und -bereitstellung durch die IT. Priorisierungsentscheidungen auf der Suche nach dem Machbaren und der Auf- und Ausbau von Kompetenzen bezüglich der archivspezifischen Anforderungen an die Digitalisierung erfordern eine konstruktive Zusammenarbeit auch zwischen den privaten Dienstleistern und dem Sächsischen Staatsarchiv. Die Basis bleibt, wie eingangs bereits dargestellt, die Grundhaltung zum (Mehr-)Wert der Originalüberlieferung.

Barbara Kunze
 (Sächsisches Staatsarchiv,
 Zentrale Aufgaben, Grundsatz)

Literaturhinweis:

Archiv- und Bibliotheksgut schonend digitalisieren. Gemeinsames Grundlagenpapier des Bestandserhaltungsausschusses der Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Archivverwaltungen des Bundes und der Länder, der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städte- tag und der Kommission Bestandserhaltung des Deutschen Bibliotheksverbandes, Mai 2019 (https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Downloads/KLA/digitalisierung-grundlagenpapier.pdf?__blob=publicationFile).

Witamy w Warszawie! Bericht zum 14. IADA Kongress vom 23.–27. September 2019



Zugang zum Polin Museum, der Tagungsstätte (Foto Barbara Kunze)

Vom 23. bis zum 27. September des vergangenen Jahres waren 460 Teilnehmende aus 39 Ländern der Einladung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Archiv-, Bibliotheks- und Grafikerestauratoren gefolgt, um sich in Warschau über die aktuellen Arbeits- und Forschungsergebnisse zu informieren und auszutauschen. Die polnischen Kollegen und Kolleginnen bereiteten uns ein sehr herzliches Willkommen. Professionelle Organisation, fachliche Kompetenz, menschliche Offenheit und eine ansteckende Freude am kollegialen Zusammensein prägten die Atmosphäre der Tagung.

Das Tagungsprogramm bot mit seinen insgesamt 66 Vorträgen, der Präsentation von Fachpostern, Firmenständen, Workshops und Führungen ein reichhaltiges Angebot. Das Themenspektrum erstreckte sich von Materialuntersuchungen und Erfassungsmethoden bis hin zu einzelobjektbezogenen oder samlungsübergreifenden konservatorisch-restauratorischen Aufgabenstellungen: Charakterisierung von Tinten mit dem Ziel einer lokalen und zeitlichen Zuordnung, Ursachenforschung bei Verbräunungen in Textilmusterbüchern, Realisierung differenzierter Lagerungsanforderungen für Sondermaterialien wie gerollte und gefaltete Karten und Pläne, Fragen zum Umgang mit dem herausfordernden Materialmix von Animationsfilmen, Weiterentwicklungen von technischen Hilfsmitteln und deren Einsatz bei der In-Situ-Bearbeitung von Büchern, Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Massenentsäuerung, konservatorisch-restauratorischer Umgang mit Bindungen und Bin-

dungsschäden im Zusammenspiel von Erhaltung, Digitalisierung und Direktbenutzung sowie fachliche und soziale Komponenten einer Zusammenarbeit mit Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Die Auswahl an Inhalten belegt die vielfältigen Berührungspunkte zu den Erhaltungsaufgaben im Sächsischen Staatsarchiv.

Übereinstimmend wiesen mehrere Vortragende darauf hin, dass mit der Weiterentwicklung des Berufsbildes des Restaurators/der Restauratorin eine Erweiterung des Aufgabenfeldes und der damit verbundenen Tätigkeiten verbunden sei. Über die Durchführung restauratorischer Maßnahmen hinaus stehe er bzw. sie heute oftmals in der (Mit-)Verantwortung, ganzheitliche und nachhaltige Erhaltungsstrategien zu entwickeln und umzusetzen. Das erfordere das Ausbalancieren teils widerstreitender Anforderungen wie: Zugänglichkeit und Schutz der Objekte, Schadensprävention und Schadensbehebung, Wahrnehmung administrativer Aufgaben und die Durchführung praktischer Arbeiten. Die Vortragenden berichteten von ihren jeweiligen Lösungsansätzen im Hinblick auf Arbeitsorganisation, Priorisierung und Effizienzsteigerung. Aus den Niederlanden wurde die Entwicklung spezieller Software und aus Dänemark die Nutzung des „maschinellen Lernens“ präsentiert. Mit Hilfe dieser IT-Hilfsmittel sollen die oftmals komplexen Entscheidungsprozesse unterstützt werden. In Ergänzung dazu betonte die US-Amerikanerin Anne Downey von der American Philosophical Society, Philadelphia die Vorteile analoger Arbeitsweisen und verwies

u. a. auf die Notwendigkeit von Zeitkontingenten für Reflektion und Planung. Ingrid Kohl berichtete von der Anwendung der DIN EN ISO 9001:2015 zum Qualitätsmanagement bei der Strukturierung der Arbeitsprozesse zur Restaurierung „on demand“ im Brandenburgischen Landeshauptarchiv. Renate Messmer, Präsidentin der IADA und Restauratorin an der Folger Shakespeare Library in Washington, hob die positiven Erfahrungen einer gleichberechtigten Zusammenarbeit in Arbeitsteams mit Vertretenden der unterschiedlichen Interessensgruppen hervor.

Mit den zahlreichen Beiträgen aus oder mit Beteiligung von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen wurde unter Beweis gestellt, welche wichtige Rolle diese bei der Bewältigung der drängenden Fragen aus dem restauratorischen Alltag spielen. Eine Zusammenarbeit kulturgutbewahrender Institutionen mit Ausbildung und Forschung hilft, aktuelle Aufgaben zu erledigen und legt darüber hinaus den Samen für die Weiterentwicklung des Fachgebietes in der Zukunft.

Tagungen wie der alle vier Jahre stattfindende IADA-Kongress machen die Praxiserfahrungen und Forschungsergebnisse anderer Institutionen sparten- und grenzüberschreitend verfügbar. Sie erlauben eine Standortbestimmung und geben Anlass, zum fachlichen und zwischenmenschlichen Austausch von Angesicht zu Angesicht. Unmittelbarkeit, offen und respektvoll praktiziert, mindert die Risiken von Fehleinschätzungen und fördert somit Verständnis und eine Kultur des Miteinanders. Allen, die dazu beitragen, dass solche Veranstaltungen stattfinden können, den Organisierenden, den Sponsoren, den Vortragenden, den Ausstellern, den Teilnehmenden sowie den Institutionen, die ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen eine Teilnahme ermöglichen, sei an dieser Stelle gedankt.

Webauftritt der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Archiv-, Bibliotheks- und Grafikerestauratoren (IADA): <https://www.iada-home.org> (hier auch: Preprints und Fotosammlung zur Tagung)

Barbara Kunze
(Sächsisches Staatsarchiv,
Zentrale Aufgaben, Grundsatz)

Neuer Öffentlichkeitsbereich im Staatsarchiv Leipzig

Ein wesentlicher Anspruch eines Archives ist es oder sollte es zumindest sein, aktiv dazu beizutragen, dass die von ihm verwahrten Archivalien auch genutzt werden. Eine publikumswirksame Öffentlichkeitsarbeit ist dabei unverzichtbar, auch, um den Archiven, die über eine nicht gerade große Lobby verfügen, bei wichtigen Entscheidungsprozessen Unterstützung zu sichern. In der Praxis steht jedoch die Absicherung der tagtäglichen Aufgaben im Vordergrund. Somit bleiben für die Öffentlichkeitsarbeit nur sehr begrenzte personelle Kapazitäten, die zielgerichtet und effizient einzusetzen sind.

Erste Überlegungen für eine ständige Ausstellung hatte es bereits im Zusammenhang mit dem 60-jährigen Jubiläum des Staatsarchivs Leipzig im Jahr 2014 gegeben, zu dem eine Ausstellung mit dem Titel „Ein Haus voller Geschichte“ erarbeitet wurde. Sie zeigte neun

Themenbereiche, die in den vorangegangenen Jahren im Fokus der Archivarbeit standen. Den Archivalien waren jeweils aktuelle Forschungsergebnisse von Partnern, mit denen das Archiv gemeinsame Projekte verfolgt, zugeordnet. Die Palette reichte vom Goethe-Briefrepertorium, dem DFG-Projekt Gerichtsbücher über die Aktion Stolpersteine bis hin zu Crowdsourcing-Projekten von Familienforschern. Diese Ausstellung sollte der Ausgangspunkt für eine spätere ständige Ausstellung des Hauses werden.

Eine Reaktion auf die im letzten Jahrzehnt eingetretenen Veränderungen im Kommunikations- und Wahrnehmungsverhalten war bereits die Erstellung von Online-Varianten der Ausstellungen. Sie boten das Potential, ein deutlich umfangreicheres Publikum zu erreichen, als das bei den Ausstellungen im Haus möglich war. Zudem wurden die Ausstellungen

in vielfältiger Weise nachgenutzt. Die begrenzten personellen Kapazitäten legten gleichfalls neue Überlegungen zur Öffentlichkeitsarbeit nahe. Die bisher erarbeiteten, nach Sachthemen ausgerichteten Ausstellungen sollten nun einer Präsentation einzigartiger historischer Dokumente in einer permanent sichtbaren Form weichen. Zudem sollten den Benutzern bzw. Besuchern die archivarisches Aufgaben nahegebracht werden.

Zur Erstellung einer Konzeption für die erforderlichen Veränderungen wurde im Zeitraum vom Juli bis September 2018 eine freihändige Vergabe durchgeführt, bei der den einbezogenen Firmen folgende Ziele gestellt wurden: a) die Öffentlichkeit besser mit den Aufgaben und der reichen Überlieferung des Staatsarchivs vertraut machen, b) die optische Gestaltung des Öffentlichkeitsbereichs verbessern, gleichzeitig die räumliche Orientierung erleichtern, c) die Wahrnehmung des Staatsarchivs für Besucher und Benutzer als wichtige Behörde und Gedächtnis der Region verbessern. Konkret war eine gestalterische und museale Konzeption für den Öffentlichkeitsbereich zu entwickeln, einschließlich der Präsentation der Aufgabenfelder und der Auswahl der Exponate in diesen Räumen in Abstimmung mit dem Auftraggeber. Dazu gehörte die Erarbeitung eines Ausstellungsdrehbuchs mit der grafischen Dokumentation der Aufstellung der Objekte und Texttafeln, die Ausführungsplanung der räumlichen und grafischen Gestaltung von Ausstellungsraum und Vitrinen bis hin zu den Objektbeschriftungen. Eine nicht ganz unproblematische Aufgabenstellung war die Bestimmung der Kosten für die Umsetzung dieser Konzeption.



Blick ins Foyer



Lesesaal (Fotos Regine Bartholdt)

Im Vergabeverfahren wies die Leipziger Firma KOCCOC.NET GmbH das intensivste Eindringen in die Problematik nach und präsentierte die detailliertesten Vorstellungen. Ihr differenziertes Angebot integrierte zudem weitgehend die vorhandene Ausstattung. Es sah die Präsentation der archivarisches Aufgaben und Tätigkeiten auf großformatigen Infowänden im Foyer vor. Hier sollten Nahaufnahmen aus der Archivarbeit mit Icons, erklärenden Texten, Objekten und Infografiken verbunden werden. Die vorhandenen Vitrinen wurden in die Ausstellungswände integriert. Der Ausstellungsraum sollte in eine „Schatzkammer“ umgewandelt werden, die eine Fokussierung auf die zu präsentierenden Objekte erlaubt und nur gezielte

Einblicke gewährt. Ein farbiges Leitsystem auf den Verkehrswegen des Staatsarchivs ergänzte die Überlegungen.

In einem engen Abstimmungsprozess mit dem Staatsarchiv Leipzig erstellte die Firma die geforderten Unterlagen. Den Auftakt bildete ein gemeinsamer Workshop, bei dem Themen, Aussagen und Infografiken zu den einzelnen Abschnitten festzulegen waren. Zugleich sollten Exponate sowohl für das Foyer als auch für die Schatzkammer ausgewählt werden. Waren diese im Foyer vor allem als Beispiele für im Staatsarchiv verwahrte Archivalienarten und für Schadensbilder angelegt, gab es für die Schatzkammer eine völlig andere Ausrichtung. Hier sollten nicht, wie sonst bei Archivausstellungen üblich, Zimelien ausgewählt werden, sondern Archivalien mit einer Geschichte. Dies konnten die Geschichte einer Person sein, die Hintergründe eines Ereignisses oder auch die Umstände, wie das Archivalie in das Archiv gelangte. Neben anderen Fragen der zu erarbeitenden Konzeption wurden insbesondere hierbei die Ideen und Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs Leipzig herangezogen.

Vor allem bei der Präsentation der Archivaufgaben trafen durchaus unterschiedliche Vorstellungen aufeinander. Die Archivarinnen und Archivare bemühten sich um eine korrekte Darstellung unter Verwendung ihrer Fachbegriffe. Die vor allem im Museumsbereich tätigen Mitarbeiter der Firma KOCMOC.NET GmbH favorisierten aus ihrer Erfahrung heraus allgemeinverständliche, teilweise plakative Formulierungen. In einem konstruktiven, sehr partnerschaftlichen Miteinander wurden dann Texte und Darstellungen erarbeitet, die dem Anspruch, die archivspezifischen Inhalte plastisch zu vermitteln, gerecht werden. Bis Ende November 2018 lag die Konzeption für die Umgestaltung des Öffentlichkeitsbereiches vor, die eine sehr gute Grundlage für ihre Realisierung im folgenden Jahr bildete.

Zur Verbesserung der Bedingungen für die Benutzer, aber auch zur Optimierung der Arbeitsabläufe wurden ab März 2019 neben der Schaffung der Voraussetzungen für die Dauerausstellung weitere Umgestaltungsmaßnahmen durchgeführt. Das betraf vor allem die Integration des vorherigen Filmlesesaales in den Lesesaal, in dem nun beide Nutzungsarten zusammengeführt wurden. Die als Raumteiler platzierte Handbibliothek, mit einer Dämmschicht ergänzt, bildete eine ideale Abgrenzung zu den anderen Benutzerplätzen. Der ursprüngliche Filmlesesaal wurde zu einem „Treffpunkt“ umgestaltet, der den Benutzern – im Unterschied zu vorher – auf der gleichen



Dr. Andrea Wettmann und Dr. Volker Jäger vor der Informationswand

Etage wie der Lesesaal die Gelegenheit zu etwa Entspannung und Austausch bietet. Eine dort installierte Infowand mit einem Monitor ermöglicht es ohne größeren Aufwand, aktuelle Informationen und Inhalte bereitzustellen. Darüber hinaus können in diesem Raum auch kleine Sonderausstellungen präsentiert werden.

Für die Umgestaltungen war eine größere Zahl an baulichen Maßnahmen erforderlich, die durch den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement, Niederlassung Leipzig I, bzw. beauftragte Firmen realisiert wurden. Dazu gehörten Renovierungsarbeiten im gesamten Öffentlichkeitsbereich, die zu einer kurzzeitigen Interimslösung für die Direktbenutzung zwangen, sowie der Aufbau der Unterkonstruktion, Beplankung und die Montage der Grafikwände im Foyer, die Klimatisierung der Schatzkammer, die Ergänzung des Filmlesesaales mit Galerieschienen und einer Lichteiste, eine Verdunklungsanlage u. a. m. Die Zusammenarbeit mit den zuständigen Mitarbeitern des Staatsbetriebes war sehr zielorientiert und kollegial, was auch bei den auftretenden kleineren Qualitäts- bzw. Ablaufproblemen zu raschen, einvernehmlichen Lösungen führte.

Ab April 2019 erfolgte unter Federführung der Firma KOCMOC.NET GmbH die weitere Umsetzung der 2018 erstellten Konzeption. Dazu zählten der Druck der Folien für die Infowände, die Kaschierung der Vitrinen in der Schatzkammer mit Blockoutfolien, das Leitsystem, der architektonische und graphische Entwurf der Informationswand im Treffpunkt u. v. a. m.

Im Ergebnis entstanden in konstruktiver und atmosphärisch sehr angenehmer Zusammenarbeit der Beteiligten eine innovative Dauerausstellung und ein den modernen Anforderungen angepasster Öffentlichkeitsbereich insgesamt.

Die großformatigen Infowände im Foyer geben Auskunft über die Geschichte und Zuständigkeit des Staatsarchivs und präsentieren anschaulich aktuelle Aufgaben, Archivbestände und wichtige Kennziffern. In der angrenzenden, optisch stark veränderten Schatzkammer sind spannende Archivalien, wie die älteste Urkunde aus dem Jahr 1285, spektakuläre Justizfälle aus Leipzig, ein frühes Filmfragment zur Eröffnung des Völkerschlachtdenkmal 1913 oder beschlagnahmte Unterlagen aus der Aktion „Licht“ des Ministeriums für Staatssicherheit, zu sehen. Die neu eingerichtete Dauerausstellung vereint die in Sichtfenstern arrangierten Exponate und gibt zugleich Auskunft über deren wechselvolle Geschichte.

Am 15. November 2019 wurden der neu gestaltete Öffentlichkeitsbereich sowie die Dauerausstellung des Staatsarchivs Leipzig in Anwesenheit von Vertretern des Staatsministeriums des Innern, von Leitern der anbieterpflichtigen Stellen, von Partnern aus Politik, Verwaltung und Forschung feierlich eröffnet. Die Reaktionen der Gäste und der Benutzer des Archivs fielen bisher durchweg positiv aus.

Volker Jäger
(Sächsisches Staatsarchiv,
Staatsarchiv Leipzig)

Das Verborgene sichtbar machen – Zum #Clara19-Jahr in Leipzig

Im vergangenen Jahr feierte Leipzig den 200. Geburtstag von Clara Schumann, die am 13. September 1819 in dieser Stadt geboren worden ist. Unter der Marke „Clara19“ versammelten sich zahlreiche Akteure, um im Verbund dieser bedeutenden Frau und Musikerin zu gedenken. Von der Eröffnung des Clara-Schumann-Jahres mit einer festlichen Veranstaltung in der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig am 26. Januar 2019 bis zur Finissage der Ausstellung „Frauenliebe & Leben. Clara Schumann zum 200. Geburtstag“ im Stadtgeschichtlichen Museum am 19. Januar 2020 reichte der Reigen der Veranstaltungen. Und auch das Sächsische Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig reihte sich ein – und erzielte eine ungewöhnlich große mediale Reichweite.

Dabei verfolgten wir zwei Ziele: Zum einen wollten wir dazu beitragen, die Lebensleistung von Clara Schumann bekannter zu machen. Zum anderen wollten wir diese Gelegenheit nutzen, die Bedeutung von Archiven für die Sicherung historischer Zeugnisse herauszustellen. Denn Archive stehen – wie andere Behörden und Einrichtungen der wissenschaftlichen Infrastruktur auch – selten im Licht der Öffentlichkeit.

Was hatten wir zu bieten?

Im Staatsarchiv Leipzig befinden sich bemerkenswerte Quellen zum Leben und Wirken von Clara Schumann, geb. Wieck. Der langwierige Kampf von Robert Schumann und Clara Wieck um das Recht, heiraten zu können, ist in einer Akte des Appellationsgerichts Leipzig zur Ehereinwilligungssache „Robert Schumann und Clara Wieck gegen Friedrich Wieck, Vater der Mitklägerin“ dokumentiert. Die jahrzehntelangen Aktivitäten von Clara Schumann als Pianistin, Komponistin und Herausgeberin der Werke ihres 1856 verstorbenen Mannes schlugen sich in zahlreichen schriftlichen Quellen nieder, die zu den Beständen verschiedener Leipziger Musikverlage im Staatsarchiv Leipzig gehören. Zu nennen sind die Verlage Breitkopf & Härtel, C. F. Peters und Friedrich Hofmeister; zu den Quellen gehören Briefwechsel, Musikhandschriften, Quellen zum Verkauf ihrer Werke und zahlreiche Korrekturabzüge verschiedener Bände der Gesamtausgabe „Robert Schumann's Werke“ mit den Anmerkungen und Druckfreigaben von Clara Schumann.

Das „Clara19-Jahr“ bot nun die Gelegenheit, das Staatsarchiv Leipzig als Ort der Verwahrung und Nutzbarmachung dieser authenti-

schen Quellen vorzustellen – und dies unter Nutzung der „Aura des Originals“. Hierzu bot das Staatsarchiv zwei Termine unter dem Motto „Clara Schumann – historische Zeugnisse ihres Lebens in Leipzig“ mit dem Hinweis an: „Bei einer Führung durch das Staatsarchiv Leipzig (inklusive des sonst geschlossenen Magazins) werden Ihnen diese historischen Zeugnisse in Auswahl vorgestellt“.

Welche Hilfe hatten wir?

Leipzig ist eine Großstadt mit über 600.000 Einwohnern und einem ausgesprochen regen kulturellen Leben. Mediale „Sichtbarkeit“ ist für eine am östlichen Stadtrand gelegene Abteilung des Sächsischen Staatsarchivs nicht einfach zu erreichen. Im Falle des Clara19-Jahres waren die frühzeitige Einbindung durch die Teilnahme an einer Vorbesprechung Leipziger Akteure im Schumann-Haus und die umgehende Aufnahme in den bei der Stadt geführten Online-Veranstaltungskalender zum Festjahr hilfreich. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung griff das Angebot auf und veröffentlichte kurz vor dem ersten Führungstermin einen größeren Beitrag über die Gerichtsakte und ihre bevorstehende Präsentation im Staatsarchiv. Der Beitrag informierte auch über die Restaurierung der Akte durch das Staatsarchiv und wies darauf hin, dass es die bedeutendste Überlieferung von Musikverlagen im deutschsprachigen Raum beherbergt.

Ein Glücksfall für das Staatsarchiv war die Begeisterung von Franziska Franke-Kern (accolade pr) für Clara Schumann und für die historischen Quellen im Staatsarchiv. Franke-Kern war für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Festjahrs verantwortlich und vermittelte wiederholt Kontakte, die zur Einbeziehung des Staatsarchivs in Fernseh- und Rundfunkdokumentationen führten. Kurzfristige Flexibilität seitens des Archivs war dabei hilfreich.

Was konnten wir erreichen?

Eine unmittelbare Resonanz erbrachten natürlich die beiden Führungstermine, die – bei geringem Vorbereitungsaufwand – rund 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zählen konnten. Die mediale Wahrnehmung durch einen erheblich größeren Personenkreis wur-



Website der Stadt Leipzig zum Festjahr Clara19 (Ausschnitt)

de durch die Berichterstattung in der lokalen Presse gewährt.

In der im „Clara19-Jahr“ produzierten Fernsehdokumentation „Die drei Leben der Clara Schumann – Leidenschaft und Pflicht und Liebe“ gibt es nun zwei Sequenzen, in denen die Überlieferung im Staatsarchiv vorgestellt wird. Die Dokumentation wurde im September 2019 erstmals auf ARTE und im MDR ausgestrahlt. Zuvor war sie vor großem Publikum an historischem Ort, im ehemaligen Hôtel de Pologne, uraufgeführt worden. O-Töne aus dem Staatsarchiv waren in dem Musikporträt von WDR 3 zu hören, das im Oktober 2019 unter dem Titel „Nur noch in Tönen atmen – Clara Schumann zum 200. Geburtstag“ gesendet wurde (siehe Mediathek).

Aus persönlichen Kontakten zum Museum für Druckkunst, zum Bach-Museum und zum Musikinstrumentenmuseum der Universität Leipzig ergaben sich Archivalienausleihen aus dem Staatsarchiv, die folgende Ausstellungen bereicherten: „Anna Magdalena Bach · Fanny Hensel · Clara Schumann. Drei Künstlerinnen im Blick“ (Bach-Museum, August 2019 – Januar 2020); „Clara – Die Frau am Klavier“ (Musikinstrumentenmuseum, Juli 2019 – Januar 2020) und „Eine musikalische Liaison. Breitkopf & Härtel und Clara Schumann“ (Museum für Druckkunst, März – Juni 2019). Letztere Ausstellung verknüpfte das Clara-Schumann-Jubiläum mit dem 300. Jubiläum



Deckblatt eines Korrekturabzuges mit Notizen von Clara Schumann (Auszug), 1880 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 21081 Breitkopf & Härtel Leipzig, Nr. 1779/7)

des 1719 gegründeten Verlags Breitkopf & Härtel. Auch dieses Jubiläum wurde vom Staatsarchiv genutzt, um die einschlägige archivalische Überlieferung bekannter zu machen – aber das ist eine andere Geschichte.

Unser Fazit: Mehr als 80.000 Besucher erlebten 2019 das Programm des #Clara19-Festjahres mit über 200 Veranstaltungen und feierten den 200. Geburtstag von Clara Schumann. Das Staatsarchiv Leipzig hat einen kleinen Beitrag

dazu leisten können, die Erinnerung an diese beeindruckende Frau zu beleben. Gleichzeitig konnten wir die Gelegenheit nutzen, in Fernseh- und Rundfunkbeiträgen sowie in Printmedien die Bedeutung von Archiven für die Sicherung historischer Zeugnisse herauszustellen.

Thekla Kluttig
(Sächsisches Staatsarchiv,
Staatsarchiv Leipzig)

„Karl-Marx-Stadt 1989 – SED und Stasi unter Druck“. Staatsarchiv Chemnitz und Stasi-Unterlagen-Archiv Chemnitz würdigen den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution

Die Kooperationen des Sächsischen Staatsarchivs, Staatsarchiv Chemnitz und des Stasi-Unterlagen-Archivs Chemnitz standen 2019 ganz im Zeichen des Jubiläumjahres der Friedlichen Revolution. Neben zwei Veranstaltungen mit rund 160 Besuchern präsentierten beide Archive in den Räumlichkeiten des Staatsarchivs Chemnitz Dokumente aus ihren Beständen. Diese warfen Schlaglichter auf wichtige Ereignisse des Jahres 1989 im Spiegel von SED- und Stasi-Unterlagen. Sie zeigten die Sicht der Machthaber im Bezirk Karl-Marx-Stadt auf die dramatischen Entwicklungen des Jahres und damit auf den eigenen, nicht aufzuhaltenden Untergang. Zeitzeugen und

Wissenschaftler ergänzten mit ihren Einblicken in die Geschehnisse vor Ort die Dokumentenpräsentation, die Besucherinnen und Besucher bis Februar 2020 sehen konnten.

Die Veranstaltung „Karl-Marx-Stadt 1989. SED und Stasi im Bezirk unter Druck“ am 10. Oktober 2019, auf der der Politikwissenschaftler Dr. Gunter Gerick referierte, thematisierte das Verhältnis von SED und Stasi im Jahr der Friedlichen Revolution. Am 28. November 2019 fand in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung die Podiumsdiskussion „Aufbruch – Durchbruch – Umbruch. SED und Stasi in der Region vor dem Ende“

statt. Der Journalist und YouTuber Mirko Drotschmann erinnerte mit den Zeitzeugen Hartwig Albiro (ehemaliger Schauspieldirektor in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz), Frank Heidan (MdL a. D. und seinerzeit Mitglied „Gruppe der 20“ in Plauen), Dr. Peter Seifert (Oberbürgermeister Chemnitz a. D. und Mitbegründer der SDP in Karl-Marx-Stadt) und dem Historiker Dr. Clemens Vollnhals (Hannah-Arendt-Institut an der Technischen Universität Dresden) an die Ereignisse in der Region. Die Zeitzeugen berichteten lebhaft von ihren persönlichen Erlebnissen und Hoffnungen und erläuterten, woher sie den Mut und die Kraft nahmen, gegen die SED-Diktatur vorzugehen.



Podiumsgespräch im Staatsarchiv Chemnitz über die Ereignisse im Bezirk Karl-Marx-Stadt 1989, v.l.n.r. Dr. Clemens Vollnhals, Frank Heidan, Mirko Drotschmann, Dr. Peter Seifert, Hartwig Albiro (Foto BStU)

Im Fokus standen dabei die Geschehnisse am 7. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt und Plauen – dem Tag der offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und zugleich dem Tag der ersten Großdemonstrationen gegen das Regime. Dr. Peter Seifert, der sich vormittags unter Hunderten von Demonstranten vor dem Luxor Palast in Karl-Marx-Stadt befand, erinnerte sich, dass die Lage „höchst angespannt“ gewesen sei, dass er „unheimliche Angst“ gehabt habe angesichts der anwesenden Kampfgruppen und des über der Stadt kreisenden Hubschraubers. Im Luxor hatten ca. 700 Zuschauer vergeblich auf den verbotenen Auftritt des Schauspielensembles gewartet. Hartwig Albiro berichtete vom anschließend gewaltsam aufgelösten Schweigemarsch. Er sprach von „Gänsehautmomenten“, als er abends im völlig überfüllten Schauspielhaus trotz Verbots und vorangegangenen Drohungen der Staatssicherheit eine Resolution u. a. zur Meinungs- und Pressefreiheit verlesen hatte. Es sei bewegend gewesen zu sehen, „wie ein Saal aufsteht“ und die Bühne zur „Tribüne des Volkes“ wurde. In diesem Moment habe er keine Angst vor einer möglichen Verhaftung gehabt. Schon zwei Tage später dann habe mit den Massendemonstrationen in anderen Städten „die Angst die Seiten gewechselt“.

Frank Heidan beschrieb die Stimmung in Plauen im Laufe des Jahres als „aufgeputscht“: Plauen habe fast zum Sperrgebiet der innerdeutschen Grenze gehört, mit einem erhöhten Aufgebot an Militär. Wenige Tage zuvor waren alle Züge mit den Botschaftsflüchtlingen aus Prag durch Plauen gefahren. Am 7. Oktober habe er mit seiner Familie an der Demonstration teilgenommen, weil man als junger Mensch mit Anfang 30 einfach genug hatte. Man wollte Meinungs- und Reisefreiheit. Er habe nicht das Gefühl gehabt, damit Politik zu machen.

Angst habe er an diesem Tag nicht empfunden. Mulmig sei ihm aber am 12. Oktober gewesen. An diesem Tag sei er als Vertreter der „Gruppe der 20“ ins Plauener Rathaus gegangen, um den Dialog mit den Regierenden zu führen. Demonstrierende, die mit Kerzen vor dem Rathaus und dem angrenzenden Polizeigebäude standen, hätten ihm zugerufen, „wir warten hier, bis ihr wieder rauskommt“.

Dr. Clemens Vollnhals betonte in seiner historischen Einschätzung, dass die Ausreisewellen „der Nährstoff für die politischen Demonstrationen im Sinne des Neuen Forums“ gewesen seien. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt hätten 1,5 Prozent der Bevölkerung einen Ausreisearbeit gestellt, das sei im Vergleich zu anderen Bezirken einer der höchsten Werte in der DDR gewesen. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die mit Glasnost und Perestroika einen klaren Reformkurs eingeschlagen habe, wären die DDR-Machthaber zu keinerlei Öffnung bereit gewesen, auch wenn mit dem neuen Kurs des großen Bruders der „Zukunftsglaube“ in der DDR bereits verschwunden gewesen sei. Die DDR habe zu diesem Zeitpunkt noch bestanden, „weil es keine Reisefreiheit gab“. Am Ende jedoch „sei alles wie ein Kartenhaus zusammengefallen“. Die SED habe schließlich den „schwarzen Peter“ an die Staatssicherheit weitergereicht. Der Apparat sei „demoralisiert“ und „paralysiert“ gewesen. Durch den Druck der Massen seien die SED-Oberen gezwungen gewesen, den Dialog zuzulassen und eine „Doppelherrschaft“ hinzunehmen. Das alte Regime habe sich gezwungen gesehen, sich mit den Bürgerrechtlern an einen Tisch zu setzen.

Der Bezirk Karl-Marx-Stadt habe, da waren sich alle Podiumsteilnehmer einig, eine besondere Rolle im Herbst '89 gespielt. Frank Heidan und Dr. Peter Seifert verwiesen neben



Ausschnitt aus der gemeinsamen Dokumentenpräsentation des Staatsarchivs Chemnitz und Stasi-Unterlagen-Archivs Chemnitz, die bis Ende Februar 2020 im Staatsarchiv zu sehen war (Foto BStU)

der Grenze zur ČSSR und dem Uranbergbau als regionale Spezifika auf die Versorgungslage, die schlechter als in anderen Bezirken der DDR gewesen sei. Darüber hinaus sei der Bezirk das Industriezentrum der DDR gewesen, hier habe es die größte Dichte an Kombinationen gegeben. Nicht von ungefähr sei hier die Umweltbewegung sehr stark gewesen. Albiro betonte die Rolle des Theaters. In Karl-Marx-Stadt seien wiederholt brisante Stücke aufgeführt worden, man sei gut vernetzt gewesen, die Theatermacher hätten sich gegenseitig unterstützt. Dr. Clemens Vollnhals hob die Größe der Stasi-Bezirksverwaltung hervor, die Ende 1989 ca. 4.000 Hauptamtliche und rund 12.000 Inoffizielle Mitarbeiter aufwies. Zudem sei deren Leiter Siegfried Gehlert über 30 Jahre im Amt gewesen – ein „Altkader“, der „lange treu zur Fahne gestanden“, also bis zuletzt unbeirrt am System festgehalten hätte. Ein historischer Markstein sei schließlich die Großdemonstration am 7. Oktober in Plauen gewesen: Trotz Großaufgebots von Polizei und Armee seien dort rund 15.000 Menschen auf die Straßen gegangen, die das System offen anprangerten. Das waren ca. 20 Prozent der damaligen Plauener Bevölkerung und deutlich mehr als an diesem Tag in den anderen beiden sächsischen Großstädten Leipzig und Dresden.

Annette Zehnter
(Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehemaligen DDR,
Außenstelle Chemnitz)

Rezension

Christoph Volkmar, Die Reformation der Junker. Landadel und lutherische Konfessionsbildung im Mittelberaum, Gütersloher Verlagshaus 2019 (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte, Band 92), 360 Seiten, zzgl. 8 Farbseiten, Preis: 78,00 Euro

Anlässlich des Reformationsjubiläums sind in den letzten Jahren ungezählte Arbeiten zu den verschiedensten Aspekten der Entstehung und Verbreitung des evangelischen Glaubens erschienen. Man könnte meinen, dieses Thema sei weitgehend „ausgeforscht“. Umso verwunderter muss man dann jedoch feststellen, dass die Rolle des niederen Adels in der Reformation bisher kaum oder gar nicht wissenschaftlich untersucht worden ist. Zwar wurde in letzter Zeit durchaus anerkannt, dass in Kursachsen die sich ausbreitende Bewegung bis ins Frühjahr 1525 von den Landständen getragen worden ist, auch dass die administrative Durchsetzung, die Kurfürst Johann danach begann, vielfach Anregungen der Stände folgte. Bekannt ist weiterhin, dass die Sequestration der Klöster und anderer geistlicher Güter in den Händen eines landständischen Ausschusses lag.

Ob und in welcher Form der Adel als lokaler Herrschaftsträger im Verlauf des 16. Jahrhunderts kirchenpolitische Verantwortung übernahm für eine Neuordnung des lokalen Kirchenwesens im Sinne der lutherischen Reformation, diese Frage stellt Christoph Volkmar erstmals – und zwar vor allem für den Mittelberaum.

Nach einem kurzen Vorwort erläutert der Autor im ersten Kapitel die Problemstellung. Dieser Abschnitt ist mit rund 50 Seiten außergewöhnlich umfangreich. Doch erkennt man bald, dass diese Ausführlichkeit notwendig ist, will man die Komplexität des Problems und den vom Autor gewählten Untersuchungsansatz nachvollziehen. Die Mehrzahl der Menschen lebte im 16. Jahrhundert auf dem Land, und dort übten die Niederadeligen als Grund- und Gerichtsherren sowie als Kirchenpatrone Herrschaft vor Ort aus. In diesen Funktionen waren sie Akteure der Reformation auf dem Land. Die Quellen für diesen neuen Blick auf die Reformationsgeschichte finden sich in den Adelsarchiven, die in Mitteldeutschland hauptsächlich in den Staatsarchiven – zum Teil als Depositum – aufbewahrt werden.

Diesen einführenden Erläuterungen folgt eine kurze Darstellung der Sicht, die einerseits der Landesherr, andererseits die Theologen auf den Landadel und seine Rolle hatten, als es galt, die Reformation durchzusetzen. Je nach

Sichtweise wurde ihm vorgeworfen, sich bei der Säkularisierung am Kirchengut zu bereichern, die alten Strukturen des eigenen Vorteils wegen zu bewahren oder sich dem landesherrlichen Kirchenregiment zu widersetzen. Meist herrscht ein kritischer Grundton, den Christoph Volkmar am Beispiel verschiedener Theologen erläutert. Dagegen wird von einigen Theologen ein Idealbild des Adels als eines Miles christianus skizziert, so etwa im Adelspiegel des Cyriacus Spangenberg, der unter lutherischen Vorzeichen ein solches Idealbild adliger Lebensführung zeichnet. Ein breites Feld für adliges Wirken in diesem Sinne war vorhanden – die Kirchen, Schulen und Hospitäler im Herrschaftsbereich, die Förderung begabter Kinder aus der eigenen Familie und darüber hinaus, die Unterstützung verfolgter Glaubensbrüder usw.

Im Hauptteil des Werkes wird nun an vier Beispielen analysiert, wie sich der Niederadel im Mittelberaum der Einführung und Gestaltung der Reformation auf dem Land annahm. Bei den ausgewählten Beispielen handelt es sich um die Güter Beetzendorf, Herrschaftszentrum der Familie von der Schulenburg, und Harbke, Besitz der Familie von Veltheim, sowie um die beiden Protagonisten der Reformation auf dem Land Joachim von Alvensleben (1514–1588) und August von der Asseburg (1545–1604).

Der Autor schildert dabei das Wirken der adligen Patronatsherren vor Ort. Vielseitig und aus zahlreichen Quellen belegt sind seine Beobachtungen zum Wandel in den adligen Herrschaften. Deutlich wird, wie der Adel im Zuge der Reformation versuchte, eigene Machtinteressen durchzusetzen. So beanspruchte er die Aufsicht über die Kirchen in seinem Machtbereich. Aktiv strebte man danach, strukturelle Parallelen zum landesherrlichen Kirchenregiment herzustellen. Indem man sich darauf berief, für das Seelenheil der Untertanen verantwortlich zu sein, wurden Gerichtsherrschaft und Kirchenherrschaft als einheitliches Territorium etabliert. In diesem Bestreben waren sie auch eine treibende Kraft bei der Durchsetzung der Reformation im Mittelberaum.

Sicher gab es auch das ehrliche, religiös motivierte Bestreben, sich im sozialen Bereich

zu engagieren und für die Stärkung des Glaubens einzutreten. Gut, wenn es sich mit den Machtansprüchen der Adelsfamilien verbinden ließ, im Konfliktfall standen Letztere aber im Vordergrund. Reformationsgeschichte ist Herrschaftsgeschichte – das gilt auch für den Niederadel, wie der Autor in der dritten seiner zehn Thesen enthaltenden Zusammenfassung ausführt. Der lokale Adel stand dabei in Konkurrenz zum Landesherrn, der – u. a. mit Visitationen – sein landesherrliches Kirchenregiment durchsetzen wollte. Der gesamte Prozess war dabei zunächst offen und sollte nicht – eine besonders wichtige Erkenntnis des Buches – vom Ergebnis her betrachtet werden.

Adlige Familien waren außer durch die Verwandtschaft noch durch andere Prinzipien verbunden, wie Tradition, Verständnis der eigenen Geschichte, gemeinsame politische und religiöse Treuepflicht, Familiengefühl usw. Es war vor allem ein Pool an Erinnerungen aus der Geschichte des Geschlechts im weiteren und der Familie im engeren Sinne, der zum Zusammenhalt, Überleben und Fortbestehen derselben beitrug. Es gelang den Familien, überlieferte Formen der Memoria konfessionskonform zu bewahren und neue Formen zu etablieren. Hauptort dafür war die Patronatskirche. Dort konnten aber auch ihre hervorgehobene gesellschaftliche Position und ihr Machtanspruch dargestellt werden.

Das erfreulich kompakt gefasste Buch schließt mit einem Literatur- und Quellenverzeichnis sowie einem Orts- und Personenregister. Es enthält in der Mitte auch einen Teil mit elf farbigen Abbildungen u. a. von eindrucksvollen Epitaphien der Familien von der Schulenburg und von der Asseburg und einer sehr hilfreichen Karte des Untersuchungsgebietes. Gestaltung und Ausstattung (Papier, Druck, Bindung usw.) sind solide und optisch ansprechend, haben aber auch ihren Preis.

Christoph Volkmar kennt die Literatur und taucht tief in die von ihm in großer Zahl zum Thema ermittelten Quellen ein. Das vorliegende Buch setzt Maßstäbe und ist dabei in einer gut leserlichen Sprache verfasst. Der Rezensent kann es daher jedem als Lektüre empfehlen, der sich für Reformations- und Adelsgeschichte interessiert. Bleibt zu hoffen, dass sich bald jemand auch für Sachsen mit diesem Thema befasst. Die nötigen Quellen liegen in den Archiven.

**Jens Kunze
(Wermsdorf)**

Sächsisches Archivblatt

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 1/2020

Titelbild:

Blick in die Werkhalle (Fotograf unbekannt), um 1900 (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz, 31035 Sächsische Textilmaschinenfabrik vorm. Richard Hartmann AG, Chemnitz, Nr. 146)

Adressen

Sächsisches Staatsarchiv

Behördenleitung sowie Zentrale Aufgaben, Grundsatz

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Archivzentrum Hubertusburg

Hubertusburg Gebäude 71-79

04779 Wernsdorf

Telefon +49 34364/8 81-100, Telefax +49 34364/8 81-112, E-Mail poststelle-w@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Hauptstaatsarchiv Dresden

Besucheranschrift: Archivstraße 14, 01097 Dresden

Postanschrift: PF 100 444, 01074 Dresden

Telefon +49 351/8 92 19-710, Telefax +49 351/8 92 19-709, E-Mail poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Leipzig

Schongauerstraße 1, 04328 Leipzig

Telefon +49 341/2 55 55-00, Telefax +49 341/2 55 55-55, E-Mail poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Staatsarchiv Chemnitz

Elsasser Straße 8, 09120 Chemnitz

Telefon +49 371/9 11 99-210, Telefax +49 371/9 11 99-209, E-Mail poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

Sächsisches Staatsarchiv

Bergarchiv Freiberg

Schloßplatz 4, 09599 Freiberg

Telefon +49 3731/4 47 54-0, Telefax +49 3731/4 47 54-99, E-Mail poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

Archivverbund Bautzen

Staatsfilialarchiv Bautzen

Schloßstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon +49 3591/53 48 72, Telefax +49 3591/53 48 17, E-Mail archivverbund@bautzen.de

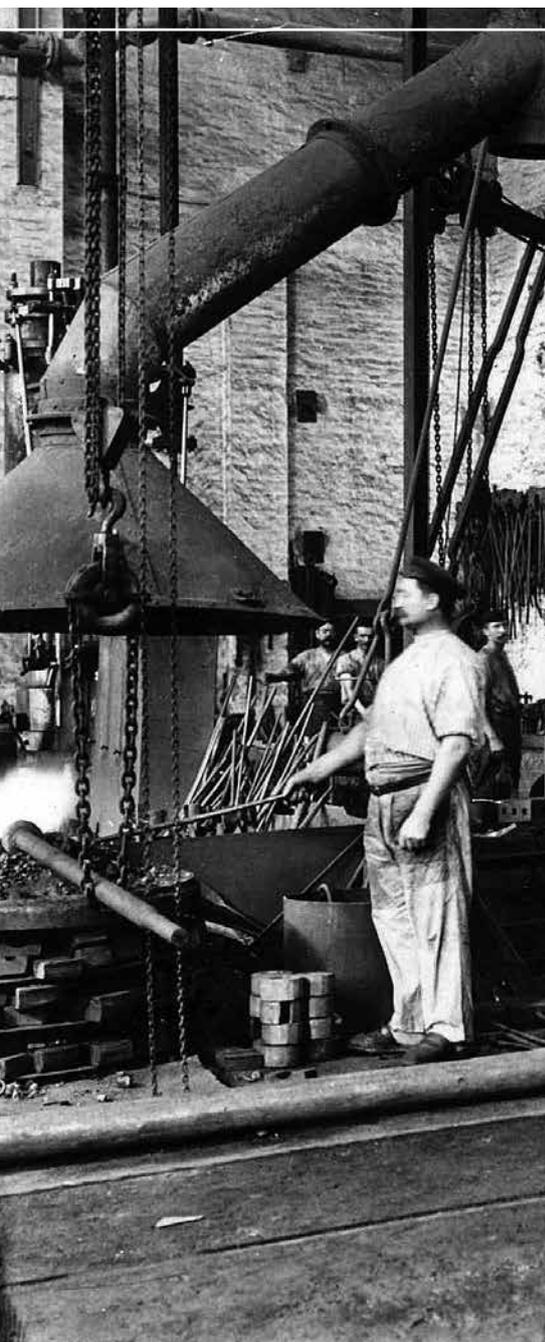
Im Internet finden Sie uns unter:

www.archiv.sachsen.de

Informationen über die Bestände des Sächsischen Staatsarchivs (SAX.Archiv) unter:

www.archiv.sachsen.de/unsere-bestaende.html

Die Daten werden vierteljährlich aus der Erschließungsdatenbank des Staatsarchivs aktualisiert.



Impressum

Herausgeber:

Sächsisches Staatsarchiv, Archivstraße 14, 01097 Dresden
Telefon: +49 351/8 92 19-842
Telefax: +49 351/8 92 19-709
E-Mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

Redaktionsbeirat:

Dr. Peter Hoheisel (Bergarchiv Freiberg)
Raymond Plache (Staatsarchiv Chemnitz)
Birgit Richter (Staatsarchiv Leipzig)
Dr. Peter Wiegand (Hauptstaatsarchiv Dresden)

Redaktion:

Michael Merchel (Zentrale Aufgaben, Grundsatz)
E-Mail: michael.merchel@sta.smi.sachsen.de

Satz: Sittauer Mediendesign

Druck: Druckerei Friedrich Pöge e. K., Leipzig

Redaktionsschluss:

27. März 2020

Bezug:

Diese Publikation erscheint halbjährlich und kann beim Sächsischen Staatsarchiv als Druckexemplar oder in elektronischer Form kostenfrei bezogen werden. Sie steht darüber hinaus zur Ansicht und zum Download unter <https://publikationen.sachsen.de/bdb/> zur Verfügung.

Verteilerhinweis:

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Copyright

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.

Bildnachweis

Wo möglich, haben wir die Inhaber aller Urheberrechte der Illustrationen aufgefunden. Sollte dies im Einzelfall nicht ausreichend gelungen oder es zu Fehlern gekommen sein, bitten wir die Urheber, sich bei uns zu melden, damit wir berechtigten Forderungen im marktüblichen Umfang umgehend nachkommen können.